

**Alexander Häusler, Rainer Roeser**

**Rechtspopulismus  
in Europa und die  
rechtspopulistische  
Lücke in Deutschland**

Titelbild:

Roland Geisheimer, attenzione photographers

Autoren:

Alexander Häusler ist Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf.

Rainer Roeser ist freiberuflicher Journalist und arbeitet u.a. für das Internetportal „Blick nach rechts“.

Stand der Untersuchung ist der 20. Juni 2014

MOBIT e.V.  
Warsbergstraße 1  
99092 Erfurt

# Inhalt

Einleitung	5
1. Begriffliche Verortung von Rechts- extremismus und Rechtspopulismus	9
2. Rechtspopulistische und extrem rechte Parteien nach der Europawahl 2014	15
3. Die AfD und die rechtspopulistische Lücke	29
3.1 Die AfD als neue Partei rechts der Union	29
3.2 Politische Herkunft und Verortung der AfD	31
3.3 Politische Forderungen und Positionierungen der AfD	35
3.4 Das Wählerpotenzial der AfD	41
3.5 Die AfD und der rechte Rand	48
4. Schlussbemerkungen	69
5. Literatur	71
Anmerkungen	77



# Einleitung

Die Europawahl 2014 hat zu einem Anstieg europaskeptischer und nationalistischer rechter Parteien geführt. Dieses Spektrum hat äußerst unterschiedliche Facetten. Sie reichen von militanten neofaschistischen Bewegungen bis hin zu rechtspopulistischen Parteien, die gegen die EU und die Zuwanderung Stimmung machen. Während in Griechenland und Ungarn neofaschistische Parteien und Bewegungen an Zustimmung gewonnen haben, ist in den westlichen Ländern der wohlstandschauvinistische Rechtspopulismus erstarkt. In Dänemark, in Großbritannien und in Frankreich überrundeten rechtspopulistische Parteien sogar die jeweiligen Regierungsparteien an Wählerzustimmung. In Deutschland gelang der NPD durch den Wegfall der Drei-Prozent-Hürde mit einem Sitz der Einzug in das Europaparlament. Allerdings hat diese Partei aufgrund ihrer teils offen neonazistischen Ausrichtung keine Aussicht auf ein Bündnis mit erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien in Europa. Im Vergleich zu den Erfolgen des Rechtspopulismus in vielen anderen europäischen Ländern konnte sich in den vorangegangenen Jahren noch keine vergleichbare Partei in Deutschland etablieren. Zwar weisen Umfragewerte seit Jahren auf die weite Verbreitung fremdenfeindlicher, nationalistischer und autoritärer Einstellungswerte hin.<sup>1</sup> Im Unterschied zu unseren europäischen Nachbarländern resultiert jedoch aus diesen Einstellungen hierzulande bislang noch kein entsprechendes Wahlverhalten für eine entsprechende Partei: Eine solche Differenz zwischen Einstellungen und Wahlverhalten kann als rechtspopulistische Lücke in Deutschland bezeichnet werden.<sup>2</sup> Mit der im Jahr 2013 gegründeten *Alternative für Deutschland* (AfD) ist nun mit sieben Prozent eine neue Partei in das Euro-

paparlament eingezogen, über deren politische Verortung im Rechtspopulismus kontrovers diskutiert wird. Erste Studien ordnen der Partei sowohl wirtschaftsliberale wie zugleich nationalkonservative und rechtspopulistische Politikan-sätze zu.<sup>3</sup> Dies stellt nicht nur die Forschung zum Rechtspopulismus vor neue Herausforderungen. Auch in der Öffentlichkeit besteht ein großes Interesse an Informationen zur politischen Verortung dieser neuen Partei, wie es die hohe Anzahl von Medienbeiträgen zu diesem Thema belegt. Die AfD ist im EU-Parlament ein Bündnis mit der nationalkonservativen Fraktion der *Europäischen Konservativen und Reformisten* (ECR) unter Führung der britischen Konservativen eingegangen, der auch die *Wahren Finnen* und die *Dänische Volkspartei* (DF) aus dem Lager des europäischen Rechtspopulismus angehören. Ob sich die AfD als neue Kraft im deutschen Parteiensystem längerfristig verankern kann und ob sie die beschriebene rechtspopulistische Lücke hierzulande ausfüllen wird, hängt von ihrer weiteren politischen Positionierung ab. Hierbei wird die programmatische Aufstellung der AfD zu den Landtagswahlen im Herbst 2014 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg von Bedeutung sein.

In der vorliegenden Studie werden in Bezug auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Rechtspopulismus die Ergebnisse der Europawahl 2014 reflektiert und die Erfolgsaussichten für eine rechtspopulistische Partei in Deutschland analysiert. Die Studie ist in drei Teile gegliedert:

- Im ersten Teil wird eine begriffliche Verortung des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus vorgenommen.
- Im zweiten Teil werden die Erfolge rechtsextremer, rechtspopulistischer und rechtspopulistisch beeinflusster Parteien und Bündnisse veranschaulicht und analysiert.
- Im dritten Teil wird die so genannte rechtspopulistische Lücke in Deutschland erörtert und analysiert, ob die AfD als neue politische Partei diese Lücke schließen könnte.

Inhaltlich baut die Untersuchung auf Vorarbeiten auf, die wir in anderem Rahmen veröffentlicht haben.<sup>4</sup> Der Zweck der Studie soll darin bestehen, Informationsmaterial und Thesen bereitzustellen, um sich selbst eine Meinung zu kontroversen Fragen verschaffen zu können.





# 1. Begriffliche Verortung von Rechts- extremismus und Rechtspopulismus

Rechtsextremismus kann als Sammelbegriff für die Bündelung autoritärer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden.<sup>5</sup> Als Variante findet in der Forschung zunehmend der Begriff „extreme Rechte“ zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums Verwendung.<sup>6</sup> Er umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen und misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien:

- völkisch-nationalistische Ausprägungen
- rassistische und antisemitische Ausprägungen
- autoritäre Politikvorstellungen
- Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips
- Diskriminierung von Minderheiten
- Ethnisierung / Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen

Der Parteienforscher Oskar Niedermayer verwendet den Sammelbegriff der „ethnozentristisch-autoritären Parteifamilie“ und subsummiert darunter gleichermaßen Parteien wie NPD, DVU, REP oder die Schill-Partei.<sup>7</sup>

Als Sammelbegriff für sowohl extrem rechte wie auch rechtspopulistische sowie rechtspopulistisch beeinflusste Parteien nutzen wir in Anlehnung an Henrik Steglich den Begriff der Rechtsaußenparteien, den dieser für entsprechende „Parteien rechts von den Unionsparteien“ verwendet.<sup>8</sup>

In der öffentlichen Debatte wird der Begriff des Rechtspopulismus oft als eine ‚weichere‘ oder harmlosere Form des Rechtsextremismus gedeutet. Real treten jedoch sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative Gruppierungen rechtspopulistisch in Erscheinung. Die signifikanten Unterscheidungsmerkmale zwischen der traditionellen extremen und der rechtspopulistisch modernisierten Rechten in Europa lassen sich anhand folgender Gegenüberstellung verdeutlichen:

<b>Traditionelle extreme Rechte</b>	<b>Modernisierte Rechte</b>
Positiver Bezug auf den Faschismus	Proklamierte Abkehr von der extremen Rechten
Offene Ablehnung der Demokratie	Taktische Befürwortung der „direkten Demokratie“
Proklamierter Systemsturz	Transformation der Demokratie nach rechts
Völkischer Rassismus, Antisemitismus	Ökonomisierung, Kulturalisierung und religiöse Verklammerung des Rassismus
Feindbilder: Juden, Ausländer, Linke, Europäische Union	Feindbilder: Muslime, Multikulturalismus, linke Hegemonie („political correctness“), EU-Bürokratie
Bezugspunkte: Rasse, Nation, Europa der Völker	Bezugspunkte: Tradition, Kultur, Region, Heimat

Ein populistischer Politikstil kennzeichnet nicht bloß Parteien am rechten Rand, sondern zeigt sich auch bei politischen Repräsentanten quer durch die Parteienlandschaft.<sup>9</sup>

Laut Karin Priester beruht der zeitgenössische Rechtspopulismus politisch auf der Gleichsetzung von ‚Volk‘ mit den

‚kleinen Leuten‘, den ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten.<sup>10</sup> Nach Jean-Yves Camus zeichnet sich zudem eine Neuerung in der „Konstruktion eines politischen Programms der Exklusion, das auf Werten der Inklusion aufruht“ ab.<sup>11</sup> Das bedeutet: Der Rechtspopulismus greift selektiv auch demokratische und linke Werte auf, deutet sie um und fügt sie in sein ausgrenzendes Freund-Feind-Schema ein. So werden demokratische Errungenschaften, Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, um Ausgrenzungsforderungen gegenüber Zugewanderten damit zu rechtfertigen, jene würden eben diese Rechte abschaffen wollen.

Trendsetter einer solchen, sich als demokratisch inszenierenden Politik der Feindbilder ist der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, der sich als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet und seine ausgrenzenden und diskriminierenden Forderungen als demokratisch zu verkaufen versucht. So beschwört Wilders die „Europäisierung“ als Bedrohung nationaler Identität‘. Ein solches Identitätsverständnis wird nationalistisch hergeleitet: „Die nationale Identität bindet ein Individuum an ein Erbe, eine Tradition, eine Loyalität und eine Kultur.“<sup>12</sup> Damit erweist sich der Rekurs von Wilders auf den Begriff der nationalen Identität als Anknüpfung an die Neue Rechte, die schon in den 1980er-Jahren versuchte, dieses Schlagwort als rechten Kampfbegriff in den öffentlichen Diskurs einzuführen. Vorreiter war der dem Schoß der NPD entsprungene nationalrevolutionäre Vordenker Henning Eichberg, dessen 1978 erschienenes Buch „Nationale Identität“ als Fibel neurechter Bewegungen in der BRD galt: „Wer von den Völkern nicht sprechen will, soll von den Menschen schweigen“, so Eichberg darin.<sup>13</sup> Eine solche neurechte Identitätssetzung kennzeichnet auch den Rechtspopulismus des 21. Jahrhunderts, der seinen nationalistischen Antiuniversalismus als ‚Verteidigung nationaler Souveränität‘ zu ummanteln versucht. Folgende Merkmale kennzeichnen einen rechtspopulistischen Politikstil:

- Dualistisches Gut/Böse-Schema (Fleißige vers. Faule; Ehrliche vers. Korrupte; Anständige vers. Kriminelle etc.)
- Eigencharakterisierung als antipolitisch (Politik als schmutziges Geschäft der Altparteien; Partei des gesunden Menschenverstandes etc.; zugleich deutliche Positionierung im rechten politischen Feld)
- Ethnisierung von Zugehörigkeiten und Problemzuschreibungen
- Kulturalisierung und Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen (Abendland vers. Morgenland; fleißiger Norden vers. fauler Süden etc.)
- Selektives Demokratieverständnis (Volksentscheide als Mittel zur Entrechtung von Minderheiten; Meinungsfreiheit als Chiffre für das Recht zur Abwertung von Anderen)
- Opferstatus (Inszenierung als Opfer linker political correctness/Meinungsdiktatur)

Im Norden und Westen Europas inszenieren sich viele Rechtsaußenparteien als die „wahren Demokraten“ und Anwälte der alteingesessenen Bevölkerung. Sie schüren die Angst vor dem sozialen Abstieg und dem Verlust der nationalen Souveränität und machen sich dabei die üblichen propagandistischen Feindbilder zunutze. Diese Parteien greifen brisante Probleme auf – wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder das Demokratiedefizit in der EU – und beantworten sie mit schlichten Lösungsvorschlägen. Mit Vorliebe wird dabei „das Volk“ in Kontrast zur „politischen Klasse“ gesetzt, die angeblich die nationalen Interessen an eine undemokratische, multikulturelle und international orientierte Europäische Union verkauft hat, um sich dabei in erster Linie selbst zu bereichern.

Die Rechtspopulisten verwandeln nationalistische und rassistische Motive der traditionellen Rechten sowohl auf der kulturellen als auch auf der religiösen Ebene in Feindbilder: die „schleichende Islamisierung“, der „bürokratische

Moloch EU“, die „Zerstörung der kulturellen Identität“ durch den Multikulturalismus, dessen „Steigbügelhalter“ die Linke sei. Das gilt etwa für den französischen *Front National* (FN) unter seiner Vorsitzenden Marine Le Pen und für die belgische Separatistenpartei *Vlaams Belang* (VB). In Österreich verdankte die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) nach dem Weggang des schillernden Rechtspopulisten Jörg Haider ihren erneuten Aufstieg unter „H.C.“ (Heinz-Christian) Strache einer Mischung aus dumpfem Rassismus und fürsorglich inszeniertem Sozialpopulismus: Strache bekundete, die österreichische Sozialdemokratie durch eine Politik „für unsre Leut“ beerben zu wollen; die FPÖ drang stark in das sozialdemokratische Wählermilieu hinein. Bei dieser Partei mischt sich Muslimfeindlichkeit mit einem bürgernah inszenierten Sozialpopulismus: Bürgerbeteiligung und Volksbegehren werden für Kampagnen gegen Minderheitenrechte instrumentalisiert. Ohnehin wird die Agenda der westeuropäischen Rechtsaußenparteien immer stärker von einem muslimfeindlichen Populismus geprägt, seit die *Schweizerische Volkspartei* (SVP) 2009 ein Referendum gegen den Bau von Minaretten gewonnen hat und in den Niederlanden die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) von Geert Wilders Furore macht.<sup>14</sup>

Zum Thema Antisemitismus haben die Rechtspopulisten ein ambivalentes Verhältnis: Wilders bemüht sich seit langem um ein gutes Verhältnis zu Israel; auch die FPÖ und der VB wollen nicht mehr allzu offen mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden. Ende 2010 reisten Vertreter der FPÖ, des VB, der *Schwedendemokraten* und der deutschen Partei *Die Freiheit* auf Einladung rechter israelischer Politiker nach Israel. In einer „Jerusalemser Erklärung“ bekannten sie sich zum Existenzrecht Israels und zu „jüdisch-christlichen kulturellen Werten“, während sie den Islam als ein „totalitäres System mit dem Ziel der Unterwerfung der Welt“ bezeichneten. Auch FN-Chefin Marine Le Pen distanziert sich öffentlich von Antisemitismus und NS-Nostalgie und versucht, mit ihrem handfesten, aber moderaten Auftreten das konser-

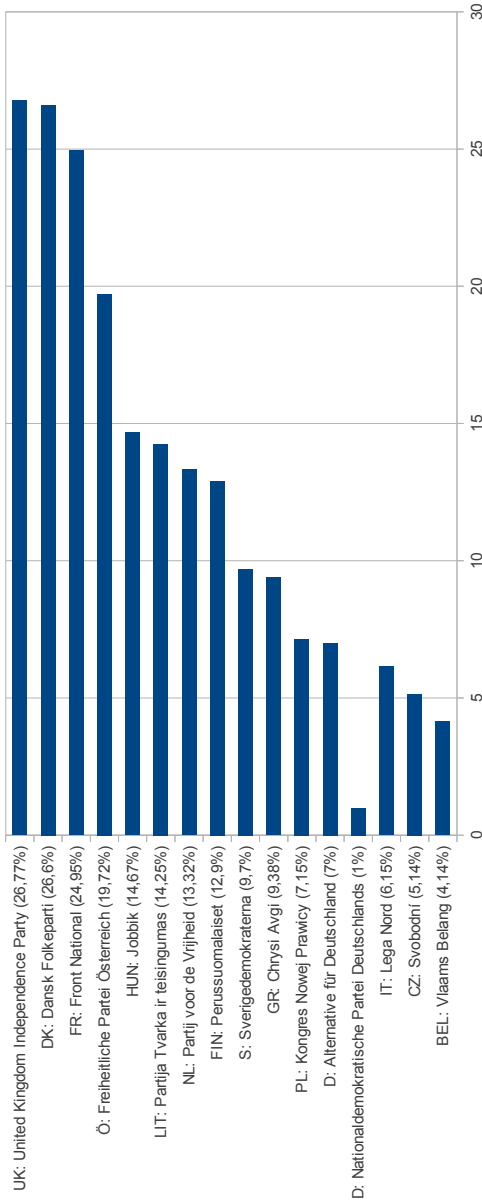
vative Lager anzusprechen und den *Front National* für die bürgerliche Mitte wählbar zu machen. Durch die kulturelle und religiöse Umdeutung rassistischer Weltbilder soll der Einbruch in breitere Wählerschichten vollzogen werden. Die Mordtaten des Rechtsterroristen Anders Behring Breivik an jugendlichen Mitgliedern der norwegischen sozialdemokratischen Partei am 22. Juni 2011 hat auf grausame Weise die möglichen Konsequenzen von massiver Hetze gegen Zuwanderer im Allgemeinen und Muslime im Besonderen verdeutlicht.<sup>15</sup> Breivik war zeitweilig Mitglied der rechtspopulistischen norwegischen *Fortschrittspartei* (FrP) gewesen. Er rechtfertigte die Ermordung von 77 Menschen in einem 1500 Seiten langen Traktat, in dem er die „Islamisierung“ und den „Kulturmarxismus“ für die Zuwanderung und die Zerstörung traditioneller Familienmodelle verantwortlich machte. Die weltanschauliche Rahmung dieses apokalyptischen Kulturkampf-Szenarios bezog er größtenteils aus rechtspopulistischen Weblogs.<sup>16</sup>

## 2. Rechtspopulistische und extrem rechte Parteien nach der Europawahl 2014

Rund 100 Mandate nehmen rechtsextreme, rechtspopulistische bzw. rechtspopulistisch beeinflusste Parteien nach den Wahlen vom 22. bis 25. Mai im Europaparlament ein. Damit ist der rechte Flügel des Parlaments stärker geworden. Von einem einheitlichen rechten Block kann freilich nicht die Rede sein. Zwar eint die rechten Parteien ein national(istisch)er Ansatz, und auch ihre Kampagnen gegen Zuwanderung, Globalisierung und ein multikulturelles Zusammenleben weisen Ähnlichkeiten auf. Doch ansonsten sind die ideologischen Ansätze zu unterschiedlich - etwa zwischen der neonazistisch beeinflussten NPD in Deutschland oder der populistischen *United Kingdom Independence Party* in Großbritannien. Zu unterschiedlich ist ihr öffentliches Auftreten – etwa zwischen den martialischen und teils gewalttätigen Aktionen der *Goldenen Morgenröte* in Griechenland oder der betont seriös auftretenden *Dänischen Volkspartei*. Einige der Parteien haben bereits auf nationaler Ebene Regierungsverantwortung getragen (wie etwa die *Freiheitliche Partei Österreichs*), andere (wie der *Front National* in Frankreich) wurden bislang durch einen „Cordon sanitaire“ von allen Möglichkeiten fern gehalten, in den Parlamenten Einfluss nehmen zu können. Typisch für fast alle Parteien aus diesem Spektrum ist die dominante Rolle von Führungspersonen. Die Entwicklung des *Front National* ist etwa untrennbar mit dem Namen Le Pen verbunden – die Führung ging gar innerfamiliär vom Vater Jean-Marie Le Pen auf die Tochter Marine Le Pen über. Programmatik und Auftreten der *United Kingdom Independen-*

# Extrem rechte, rechtspopulistische bzw. rechtspopulistisch beeinflusste Parteien mit Mandaten im neuen Europaparlament

Prozentuale Wahlergebnisse in den Nationalstaaten



Quelle: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-be-2014.html>, abgerufen 12.6.2014



dence Party wären nicht zu verstehen ohne Nigel Farage, den Parteivorsitzenden, der 1993 bereits zu den Gründungsmitgliedern der UKIP gehörte. Gar nur aus einem einzigen Mitglied (Geert Wilders) besteht die niederländische *Partij voor de Vrijheid*.

Die unterschiedlichen ideologischen, strategischen und strukturellen Hintergründe machen es unmöglich, dass sich die rechten Parteien im Europaparlament in einer einzigen Fraktion zusammenfinden. Vereinfachend lassen sich für sie vier Optionen skizzieren:

- Parteien, die sich vom Ruf des Rechtspopulismus befreien und dies bereits mit der Wahl von Bündnispartnern deutlich machen wollen, zieht es in die Fraktion der **European Conservatives and Reformists** (ECR). Sie wird bislang von den britischen Konservativen und der polnische PiS dominiert. Für diese Option haben sich als Neuzugänge u.a. die *Alternative für Deutschland* sowie die rechtspopulistischen Parteien die *Wahren Finnen* und die *Dänische Volkspartei* entschieden.
- Eine zweite Gruppe rechter Parteien hatte sich bislang um die *United Kingdom Independence Party* (UKIP) geschart, die in der Fraktion **Europa der Freiheit und der Demokratie** (EFD) tonangebend war. Dass das rechtspopulistische Bündnis eine Neuauflage erleben würde, war zunächst unsicher, da sich *Lega Nord*, *Wahre Finnen* und *Dänische Volkspartei*, die bisher der Fraktion angehörten, für andere Partner entschieden haben. Der neuen EFD-Fraktion gehören unter anderem Abgeordnete der UKIP, der *Schwedendemokraten* und der italienischen *Fünf-Sterne-Bewegung* sowie eine französische Parlamentarierin an, die den *Front National* verlassen hat. Einzelne Funktionäre der AfD hatten sich in der Vergangenheit für eine Zusammenarbeit mit der UKIP ausgesprochen.
- Dritte Option ist ein Bündnis, das sich aus der **Europäische Allianz für Freiheit** (EAF) entwickelt. Der EAF

gehören u.a. die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ), die *Partij voor de Vrijheid* (PVV), der *Vlaams Belang* (VB) und der *Front National* (FN) an. Mit ihnen zusammenarbeiten will die *Lega Nord* (LN). Bis zur konstituierenden Sitzung des EU-Parlaments gelang die Bildung einer Fraktion noch nicht. Benötigt werden mindestens 25 Abgeordnete aus einem Viertel der EU-Mitgliedsländer. Insbesondere das zweite Kriterium – die Notwendigkeit, Vertreter aus sieben Staaten zusammenzubekommen – stellt die Organisatoren rund um den FN vor Probleme.

- Ohne Chance, in eine rechte Fraktion aufgenommen zu werden, sind die teils neonazistisch orientierten Parteien. Der Status der Fraktionslosen hat eine schlechtere finanzielle Ausstattung zur Folge. Auch die parlamentarischen Einflussmöglichkeiten sind eingeschränkt, von den Redezeiten bis zur Vertretung in den Ausschüssen. Zur Gruppe der Fraktionslosen dürften NPD, *Goldene Morgenröte* und *Jobbik* gehören.

Dabei verläuft nicht jede Fraktionsbildung längs ideologischer Kriterien. Populistische und nationalistische Töne sind auch nicht nur auf Parteien beschränkt, die sich selbst im Europäischen Parlament dem rechten Flügel zuordnen würden. So gehörten in der abgelaufenen Wahlperiode mit Silvio Berlusconi *Forza Italia* und der ungarischen Regierungspartei *Fidesz* zwei Parteien der Fraktion der *Europäischen Volkspartei* (EVP) an, die wegen ihrer rechtspopulistischen Tendenzen nicht unbedingt in eine solche, im Wesentlichen christdemokratisch geprägte Fraktion zu passen scheinen.

Ein Überblick über die bei der EU-Wahl erfolgreichen Rechtsaußen-Parteien<sup>17</sup>:

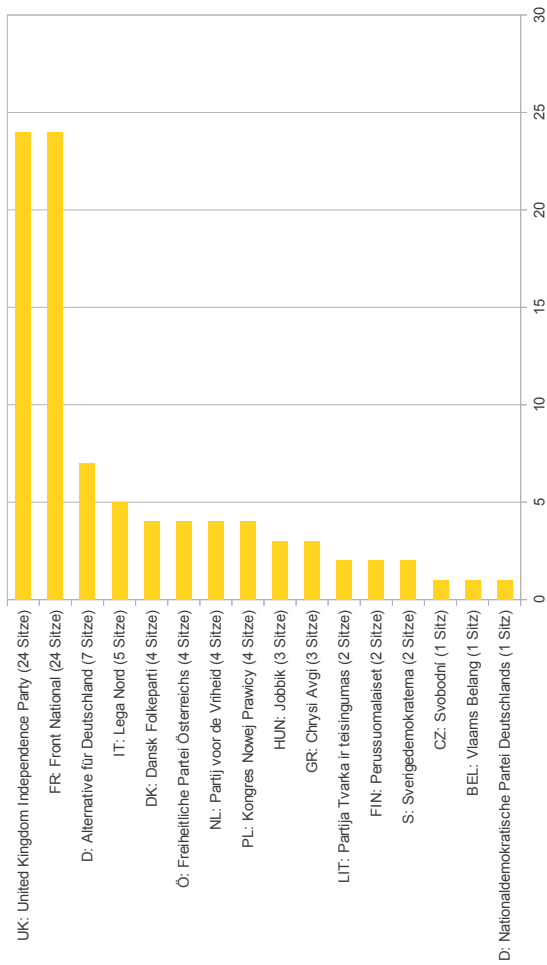
Die **United Kingdom Independence Party** (UKIP) wurde 1993 gegründet. Im Unterhaus ist sie wegen des britischen Mehrheitswahlrechts nicht vertreten. 2004 konnte die Partei mit 16,8 Prozent erstmals Vertreter ins Europaparlament entsenden. 2009 kam sie auf 16,5 Prozent. Bei der Europawahl 2014 wurde die UKIP mit rund 27 Prozent der Stimmen stärkste Partei in Großbritannien. Das reichte für 24 Mandate im Europaparlament. Wichtigste Forderung der Partei, die rund 36.000 Mitglieder zählen soll, ist der Austritt des Landes aus der Europäischen Union. Flankiert wird diese Forderung durch den Ruf nach Zuwanderungsbeschränkungen und durch eine Absage an eine multikulturelle Politik, der eine eigenständige, durch äußere Einflüsse nichttangierte britische Kultur als unbedingt förderungswert gegenübergestellt wird.

Die **Dansk Folkeparti** (übersetzt: *Dänische Volkspartei*, kurz: DF) wurde 1995 gegründet und zählt rund 12.000 Mitglieder. Bei nationalen Wahlen erreichte die DF seit 2001 jeweils zwischen 12 und 14 Prozent. 2001 bis 2011 unterstützte die Partei eine liberal-konservative Minderheitsregierung. Aus dieser Position heraus sorgte sie für eine kontinuierliche Verschärfung der dänischen Einwanderungspolitik. Bei der Europawahl 2009 kam die Partei auf 15,3 Prozent der Stimmen. 2014 wurde sie mit 26,6 Prozent stärkste Partei in Dänemark. Die rechtspopulistische Formation, die die EU ablehnt, fiel in der Vergangenheit auch mit antiislamischen Tönen auf. Im neuen Europaparlament verfügt sie über vier Mandate.

Der **Front National** (FN), 1972 gegründet, wurde bei der Europawahl zur stimmenstärksten Partei Frankreichs. Mit rund 25 Prozent erzielte der FN 2014 das beste Ergebnis in seiner Geschichte (2009: 6,3 Prozent) und wurde erstmals stärkste Partei des Landes. Im neuen Europaparlament verfügt die Partei über 23 Mandate. Marine Le Pen, als FN-Vor-

## Extrem rechte, rechtspopulistische bzw. rechtspopulistisch beeinflusste Parteien mit Mandaten im neuen Europaparlament

Errungene Sitze im Europäischen Parlament



Quelle: <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/country-results-be-2014.html>, abgerufen 12.6.2014

sitzende seit Anfang 2011 Nachfolgerin ihres Vaters, des Parteigründers Jean-Marie Le Pen, versucht den *Front National* mit einer gemäßigeren Rhetorik und Programmatik vom Ruf des offenkundigen Rechtsextremismus und Antisemitismus zu befreien. Der FN soll als seriöse Partei, die sich innerhalb des demokratischen Spektrums bewegt, präsentiert werden. Dazu gehört einerseits die Absage an neonazistisch beeinflusste Parteien wie NPD, *Jobbik* oder *Goldene Morgenröte*, andererseits der gelungene Versuch, mit Rechtspopulisten, wie sie etwa durch die *Partij voor de Vrijheid* repräsentiert werden, Bündnisse aufzubauen. Unter dem Motto „Ni Droite ni Gauche - français!“ („Weder rechts noch links - französisch!“) versucht die Partei gar, jede Festlegung als „rechts“ zu vermeiden. Die Partei, die sich einst vor allem als Interessenvertreterin für Mittelständler und kleine Selbstständige verstand, hat seit den 90ern auch zahlreiche Wähler unter Arbeitern und Arbeitslosen, nicht zuletzt dank eines Anti-Globalisierungskurses und dem Verlangen nach protektionistischen Lösungen als Antwort auf die ökonomischen Probleme Frankreichs. Unter dem Slogan „Préférence nationale“ fordert der FN zudem die Bevorzugung der Franzosen u.a. auf dem Arbeitsmarkt und in Fragen der Sozialversicherung. Kampagnen der Partei richten sich vor allem gegen Zuwanderung, gegen den Islam und gegen die europäische Integration.

Die **Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)** wurde bereits 1955 gegründet und zählt heute rund 40.000 Mitglieder. Gegründet als Partei des deutsch-nationalen Lagers in Österreich, sprach die Partei lange Zeit ganz überwiegend Wähler des bürgerlichen Lagers an. Inzwischen gehören aber auch Ex-Wähler der sozialdemokratischen SPÖ, insbesondere „Modernisierungsverlierer“, zur Stammklientel der FPÖ. „Es zeigt sich, dass die FPÖ bei zwei sozialen Gruppen besonders erfolgreich ist: Menschen mit niedrigem Bildungsabschluss (Pflichtschulabschluss, Lehre) und Menschen mit einem Arbeiterberuf. Die FPÖ spricht vor allem jüngere Männer ohne gewerkschaftli-

che oder kirchliche Bindung an, diejenigen also, die durch die Auflösung der traditionellen Bindungen an politisch-weltanschauliche Lager ‚politisch freigesetzt‘ worden sind. Diese jüngeren, ideologisch ungebundenen Wähler blicken zumeist pessimistisch in die Zukunft und erwarten sich keine Hilfe vom Parteienstaat. Die FPÖ ist dadurch innerhalb von nur 15 Jahren zu einer proletarischen Mittelpartei geworden, weshalb ein Teil ihrer Protesthaltung durchaus auch als ‚linkspopulistisch‘ zu qualifizieren ist. Betrug der Stimmenanteil der FPÖ unter Arbeitern 1986 noch 10 Prozent, so waren es 1990 bereits 21 Prozent, 1994 29 Prozent, 1995 34 Prozent und 1999 47 Prozent“, schreibt Werner T. Bauer in der Studie „Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa“.<sup>18</sup> Ab Mitte der 80er-Jahre hatte der neugewählte Parteivorsitzende Jörg Haider die FPÖ auf einen rechtspopulistischen Kurs gesteuert. Bei der Nationalratswahl 1999 kam sie auf knapp 27 Prozent. Gemeinsam mit der konservativen ÖVP bildeten die Rechtspopulisten eine Koalition, was der FPÖ bei Wahlen wegen des Zwangs, im Regierungsalltag Kompromisse einzugehen, aber nicht gut bekam. Bei der Europawahl 2004 erreichte sie nur noch 6,3 Prozent. Nach einer Spaltung der Partei und der Wahl ihres neuen Vorsitzenden Heinz-Christian Strache radikalisierte sich die Partei erneut und trat mit rassistischen und islamfeindlichen Parolen auf. Inzwischen verfügt die Partei österreichweit wieder über ein Wählerpotenzial von rund 20 Prozent. Bei der Europawahl am 25. Mai kam die FPÖ auf 19,7 Prozent (2009: 12,7 Prozent) und vier Mandate.

**Jobbik Magyarorszáért Mozgalom** (*Bewegung für ein besseres Ungarn, Jobbik*) wurde bei der Europawahl 2014 mit 14,7 Prozent und drei Mandaten zweitstärkste Partei Ungarns (2009: 14,8 Prozent). Die erst 2003 gegründete Formation propagiert ein Groß-Ungarn und äußert sich antisemitisch, antiziganistisch und homophob. Die Partei knüpft an nationalsozialistische Traditionslinien aus der ungarischen Geschichte an. Zwei Jahre lang unterhielt die Partei

als paramilitärischen Arm die sogenannte *Ungarische Garde*. Nach ihrer von einem Gericht verfügten Auflösung wurde im Sommer eine *Neue Ungarische Garde* gegründet. Sie dient als „Ordnungsdienst“ und „Saalschutz“, fällt aber auch durch martialische Aufmärsche auf. Wegen ihrer Radikalität ist *Jobbik* auch in den Kreisen anderer europäischer Rechtsparteien ähnlich isoliert wie etwa die *Goldene Morgenröte* aus Griechenland oder die deutsche NPD.

Die litauische Partei **Tvarka ir teisingumas** (*Ordnung und Gerechtigkeit*, TT) gehörte in der vorigen Wahlperiode der von der UKIP geführten rechtspopulistischen EFD-Fraktion an. Die 2002 gegründete TT versteht sich als „rechtsliberal“ und geriert sich als Kämpfer gegen das politische Establishment und für jene Litauer, die unter der wirtschaftlichen Krise besonders zu leiden hatten. *Ordnung und Gerechtigkeit* war Mitglied der Europapartei *Europäische Allianz für Freiheit*, der unter anderem auch Vertreter der FPÖ, des *Front National* und des *Vlaams Belang* angehören. Bei der Europawahl 2014 erreichte die Partei 14,3 Prozent (2009: 12,2 Prozent) und zwei Mandate.

Die niederländische **Partij voor de Vrijheid** (*Partei für die Freiheit*, PVV) besteht aus lediglich einem Mitglied: Parteiführer Geert Wilders. Kandidaten der Partei werden von Wilders persönlich ausgewählt. Der ehemalige Rechtsliberale gründete die PVV Anfang 2006. Vor allem mit scharfen Kampagnen gegen den Islam und Zuwanderung machte sie von sich reden. So beklagte er einen „Tsunami der Islamisierung“ und forderte in den Niederlanden ein Verbot des Korans, dem er „faschistische Grundzüge“ attestierte. Zum Forderungskatalog der Partei zählen u.a. das Verbot von Burka und Kopftuch, die Schließung von „radikalen Moscheen“, das Verbot, weitere Moscheen und Koranschulen zu bauen, aber auch ein genereller Einwanderungsstopp. Eineinhalb Jahre lang, von 2010 bis 2012, unterstützte die PVV in Den Haag eine Minderheitsregierung von Rechtsliberalen und Christdemokraten. Anders als viele andere extrem rechte

Parteien versteht sich die PVV ausdrücklich als pro-jüdisch und pro-israelisch. Nachdem die PVV 2009 bei der Europawahl noch auf 16,97 Prozent gekommen war, musste sie 2014 Verluste hinnehmen. Mit diesmal 13,3 Prozent errang sie vier Mandate.

Die **Perussuomalaiset** (*Wahre Finnen*, PS) formierten sich Mitte der 90er-Jahre. In der vorigen Wahlperiode arbeiteten die *Wahren Finnen* noch in der UKIP-dominierten EFD-Fraktion des Europaparlaments mit. Nun sind sie Mitglied in der ECR-Fraktion. Die *Wahren Finnen* kombinieren typisch rechtspopulistische Forderungen zu Themen wie Europa, Zuwanderung und Asylrecht mit „links“ klingenden Forderungen in der Wirtschaftspolitik. „Rekrutierten sich die Wähler der ‚Wahren Finnen‘ anfangs vor allem aus den Reihen der ‚Modernisierungsverlierer‘, so gelang der Partei in den letzten Jahren der Einbruch in die Wählerschaften der traditionellen Parteien, selbst in den ländlichen Regionen des Landes. Seither haben einige der etablierten Parteien unter dem Druck der Umfragen und der Wahlergebnisse ihre Haltung, z.B. gegenüber Europa, deutlich zugespitzt“, heißt es in einer Untersuchung des europäischen Rechtspopulismus von Werner T. Bauer von der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.<sup>19</sup> 2009 war die Partei in einem Wahlbündnis mit einer christdemokratischen Partei angetreten. Das Bündnis kam auf 14 Prozent der Stimmen und zwei Mandate, davon eines der *Wahren Finnen*. Bei der Europawahl 2014 erreichten die *Wahren Finnen* 12,9 Prozent und zwei Mandate.

Die **Sverigedemokraterna** (*Schwedendemokraten*, kurz: SD) gründeten sich 1988. Ihre historischen Wurzeln liegen in der Ende der 70er-Jahre gegründeten neofaschistischen/neonazistischen Bewegung *Bevara Sverige Svenskt* (*Schweden soll schwedisch bleiben*). Die Partei bemüht sich seit knapp zehn Jahren um ein seriöses und bürgerliches Image, orientiert am Vorbild FPÖ. Sie setzt sich für eine striktere Asyl- und Einwanderungspolitik ein. Die „Kosten, die das



multikulturelle Gesellschaftsexperiment verschlingt“, will sie so einsparen. Auch Globalisierung, „Islamisierung“, ein kultureller „US-Imperialismus“ und die EU gehören zu den Feindbildern. Mit 9,7 Prozent errang die Partei bei der Europawahl 2014 zwei Mandate (2009: 3,3 Prozent).

Die neonazistische **Chrysi Avgi** (*Goldene Morgenröte*) wurde bei der Europawahl 2014 mit 9,4 Prozent und drei Mandaten drittstärkste Partei in Griechenland. Die 1993 gegründete Partei erzielte im Herbst 2010 erste Wahlerfolge. Bis dahin war sie mit Ergebnissen im Promillebereich über den Status einer Splitterpartei nicht hinausgekommen. Im nationalen Parlament besetzt sie seit 2012 18 von 300 Sitzen. Schon ihre Symbolik verweist auf die neonazistische Orientierung: Das Parteilogo erinnert an ein Hakenkreuz, Parteimitglieder grüßten einander mit dem Hitler-Gruß, und bei Veranstaltungen wurde eine griechische Version des Horst-Wessel-Lieds gesungen. Kontakte unterhält die Partei unter anderem zur NPD. Mit rassistischen Parolen geht sie gegen Einwanderer vor. Regelmäßig startet sie zudem anti-türkische Aktionen. Mitglieder der Partei waren an einer Vielzahl gewalttätiger Aktionen beteiligt. Führende Funktionäre befinden sich seit September 2013 in Haft. Ihnen wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Der **Kongres Nowej Prawicy** (*Kongress der neuen Rechten*, KNP) ist eine noch junge Partei in Polen. Sie gründete sich erst im März 2011. Bei der Europawahl 2014 errang sie mit 7,15 Prozent vier Mandate. Die KNP bezeichnet sich als konservativ-liberal, lehnt die Einführung des Euro in Polen ab und verlangt den Austritt aus der EU. Die Partei will das polnische Parlament verkleinern und ihm die Gesetzgebungskompetenz entziehen. Deutlich ausgebaut werden sollen hingegen Militär und Polizei. Schon in der Schulzeit soll eine militärische Ausbildung beginnen. Parteichef Janusz Korwin-Mikke hatte vor der Europawahl angekündigt, er wolle die EU „von innen heraus zerlegen“. Die gesamte politische Klasse, so Korwin-Mikke, sei eine „Bande von Dieben“.

Die **Lega Nord** (*Liga Nord*), 1989 gegründet, strebte zunächst einen eigenen Staat in Norditalien an. Inzwischen wird das Ziel einer Föderalisierung des Staates mit weitreichenden Kompetenzen für die Regionen verfolgt. Die Propaganda der Partei richtete sich zunächst gegen die - wirtschaftlich weniger erfolgreichen - Südtaliener, inzwischen zielt sie aber mehr und mehr gegen Einwanderer. Lega Nord wendet sich gegen eine weitere Zuwanderung nach Italien. Insbesondere die Migration aus islamischen Ländern und aus Afrika lehnt die Partei ab. Sie wendet sich gegen eine multikulturelle Gesellschaft allgemein und gegen den Bau von Moscheen im Speziellen. 2011 forderten führende Politiker der Lega sogar den Einsatz militärischer Waffen gegen die Flüchtlinge aus Nordafrika, um die italienischen Küsten sowie die italienische Mittelmeerinsel Lampedusa vor Flüchtlingen abzuschirmen. Mehrfach war die *Lega Nord* an Regierungen auf nationaler Ebene beteiligt. 2014 kam die Lega Nord auf 6,2 Prozent, was für fünf Mandate reichte (2009: 10,2 Prozent).

Die tschechische **Strana Svobodných Občanů** (*Partei freier Bürger, Svobodní*) errang bei der Europawahl in Tschechien mit 5,2 Prozent ein Mandat. Gegründet wurde die inzwischen knapp 1000 Mitglieder zählende Partei Anfang 2009 von enttäuschten Anhängern der damaligen konservativen Regierungspartei ODS, die den Lissabon-Vertrag zur Reform der EU ablehnten. Als mögliche Partner im Europaparlament nannte *Svobodní* vor der Wahl UKIP und AfD.

Der **Vlaams Belang** (*Flämische Interessen, VB*) wurde 2004 als Nachfolgeorganisation des *Vlaams Blok* gegründet. Wichtigstes Ziel der Partei ist die Unabhängigkeit Flanderns. Daneben macht der *Vlaams Belang* – auch mit rassistischen Tönen – durch Kampagnen gegen Zuwanderung und insbesondere gegen eine „Islamisierung“ auf sich aufmerksam. Der VB arbeitet eng mit der FPÖ zusammen; in Deutschland suchte die Partei eine Zusammenarbeit mit der rechtspopulistischen *Bürgerbewegung pro NRW*. Bei Wahlen schwindet

der Einfluss des VB seit einigen Jahren, vor allem, weil sich mit der *Nieuw-Vlaamse Alliantie* (N-VA) eine liberal-konservative Konkurrenz im Lager der flämischen Separatisten entwickelt hat. Bei der Europawahl 2014 erreichte der *Vlaams Belang* nur noch 4,1 Prozent (2009: 9,85 Prozent). Das Ergebnis reichte immer noch für ein Mandat.

Auch außerhalb der EU sind rechtspopulistische Parteien in Europa aktiv. In Norwegen etwa die **Fremskrittspartiet** (übersetzt *Fortschrittspartei*, kurz: FrP). Sie ist die drittgrößte Partei des Landes. 2001 bis 2005 unterstützte die *Fortschrittspartei* eine Mitte-Rechts-Minderheitsregierung aus *Christlicher Volkspartei*, *Konservativen* und liberaler *Venstre*. Seit Oktober 2013 bilden *Konservative* und FrP eine Koalitionsregierung, die von *Christdemokraten* und *Venstre* unterstützt wird. In der Regierung zeichnet die *Fortschrittspartei* unter anderem für das Justizministerium verantwortlich, zu dessen Amtsbereich auch Fragen der Zuwanderungs- und der Asylpolitik gehören.

Als wohl erfolgreichste rechtspopulistische Partei in Europa kann die **Schweizerische Volkspartei** (SVP) gelten. Sie bildet die stärkste Fraktion im nationalen Parlament und ist an der Regierung beteiligt. Ihre eigentliche Bedeutung als Vorbild für andere Parteien dieses Spektrums gewinnt sie freilich durch ihre Fähigkeit, das Instrument der Volksinitiative bzw. der Volksabstimmung für sich zu nutzen. Zuletzt war die SVP mit den Volksinitiativen „Gegen den Bau von Minaretten“, „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer“ und „Gegen Masseneinwanderung“ erfolgreich.

In Deutschland wurden die SVP-Volksinitiativen von der *Alternative für Deutschland* (AfD) als „vorbildlich“ bezeichnet und angekündigt, vergleichbare Initiativen auch hierzulande initiieren zu wollen.<sup>20</sup>



### **3. Die AfD und die rechtspopulistische Lücke**

Im Kontext der ökonomischen Krise in Europa gewinnen rechte Parteien an Zustimmung, die Ressentiments gegen die EU und den Euro propagandistisch aufgreifen und unter nationalistischen Prämissen zuspitzen: Die europäische Krise eröffnet neue Chancen für rechte politische Allianzen. Neben der Angst vor ökonomischen Beeinträchtigungen steigen zugleich Ressentiments gegenüber dem Nutzen supranationaler politischer Entscheidungsstrukturen, die auf eine Krise politischer Repräsentation in Europa hinweisen. Diese Entwicklung erscheint als Einfallstor für Rechtsaußenparteien, welche in populistischer Manier versuchen, schlichte ‚Antworten‘ mit nationalistischen, protektionistischen und rassistischen Orientierungen anzubieten. Begleitet wird die EU-feindliche rechtspopulistische Propaganda von rassistisch und populistisch grundierten Angstkampagnen gegen Zuwanderer sowie gegen die pauschal als faul titulierten „Südländer“. <sup>21</sup>

#### **3.1 Die AfD als neue Partei rechts der Union**

In Deutschland ist das Feld des parteiförmigen Rechtspopulismus noch rar bestellt. Spätestens seit der Sarrazin-Debatte wird hierzulande ausführlich die Frage nach den Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei diskutiert: Rund 18 Prozent der Wählerstimmen prognostizierte im September des Jahres 2010 eine Emnid-Umfrage einer fiktiven Sarrazin-Partei.<sup>22</sup> Doch bislang konnte keine Partei rechts der Union

dieses Einstellungspotenzial bündeln. Mit seinen Thesen bediente der Erfolgsautor jedoch nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologistische Zuschreibungen<sup>23</sup>, sondern zudem auch eine Euro- und EU-skeptische Haltung. Für eine Buchpublikation gegen den Euro wurde ihm am 6. November 2012 der Deutsche Mittelstandspreis verliehen; die Laudatio hielt Hans-Olaf Henkel. In seiner Rede titulierte Henkel den Preisträger als „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes“.<sup>24</sup> Henkel, der Brüssel als Synonym für die derzeitige EU-Politik nimmt, in der „zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich“ greifen, kann als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro gelten, das Deutschland durch einen angeblich drohenden europäischen „Zwangssozialismus“ bedroht sieht.<sup>25</sup> Die im Jahr 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD), die sich mit dem Euro-Thema politisch zu verankern versucht, hat Henkel in ihren Bundesvorstand gewählt. Laut Meldung der *Jungen Freiheit* bekundete Henkel, es sei „nichts falsch daran“, rechts zu sein: „Der Kampf gegen Rechts ist eine Unverschämtheit.“ Rechts dürfe nicht mit rechtsextrem verwechselt werden. „Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen wir rechts. Aber wir stehen richtig.“<sup>26</sup> Im Kontext der Euro-Krise hat die AfD schon in ihrer Entstehungsphase eine ungewöhnlich hohe mediale Aufmerksamkeit erhalten und ihren Einzug bei den Wahlen zum Bundestag im Jahr ihrer Gründung nur knapp verfehlt.

Als eine Partei rechts der FDP und der Unionsparteien weist die AfD Anknüpfungspunkte an die Thesen des Erfolgsbuchautors Sarrazin auf: So äußerte sich AfD-Sprecher Bernd Lucke zu diesen Thesen in einem Interview im rechten Querfrontmagazin *Compact*. Dort antwortete er auf die Frage nach seiner Einschätzung zu Sarrazins Prognose „Deutschland schafft sich ab“:

*„Sarrazin gebührt das große Verdienst, mit seinem Buch auf wichtige Missstände in Deutschland hingewiesen zu haben: Unsere Bildungsmisere, Integrationsprobleme von*

*Zuwanderern, unser enormes demographisches Problem. Das alles wird von der Politik gerne totgeschwiegen, weil sie die erforderlichen unbequemen Antworten nicht geben will. Dennoch würde ich nicht von 'Deutschland schafft sich ab' sprechen, weil das ja so klingt, als ob wir die Selbstabschaffung aktiv betreiben. Tatsächlich ist Deutschland einfach schwach und nachgiebig gegenüber schleichenden Veränderungen, die langfristig die Substanz unserer Gesellschaft bedrohen. Diese Schwäche Deutschlands, dieser Mangel an Selbstbewusstsein und der fehlende Mut, offen zu sagen, was für uns gut und wichtig ist, ist freilich nicht minder alarmierend, als wenn irgendwo aktiv selbstzerstörerische Kräfte am Werk wären.“<sup>27</sup>*

### **3.2 Politische Herkunft und Verortung der AfD**

Auf dem Gründungsparteitag der AfD am 14. April 2013 hielt deren Sprecher Konrad Adam eine Rede, in der er zum Populismus Stellung bezog: „Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten“, erklärte er unter großem Zuspruch seiner Zuhörerschaft.<sup>28</sup>

Der politische Entstehungskontext der AfD lässt sich in einem einerseits wirtschaftsliberal sowie andererseits rechtsorientierten Protestmilieu finden: So war etwa der AfD-Gründer Bernd Lucke schon lange Zeit vor der Parteigründung im vorpolitischen Raum aktiv als Initiator wirtschaftsliberaler Initiativen wie dem „Hamburger Apell“<sup>29</sup>. Parteipolitisch hingegen weist die AfD in vielerlei Hinsicht Parallelen mit dem ehemaligen *Bund Freier Bürger* (BFB) auf. Der BFB war eine nationalliberal und rechtspopulistisch ausgerichtete Partei, die aus Protestinitiativen gegen den Maastricht-Vertrag entstand und sich im Laufe ihres parteipolitischen Werdegangs bis hinein in den rechtsextremen Rand radikalisierte.<sup>30</sup> Der

BFB wurde schon im Jahr 1994 auf Initiative des früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner gegründet.<sup>31</sup> Mit seinen Kampagnen gegen die Währungsunion war der BFB die erste Partei in Deutschland, die sich dieses Themas zentral angenommen hat. Doch trotz der versuchten Annäherung an den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider erreichte der BFB nicht im Mindesten vergleichbare politische Aufmerksamkeit wie dessen damalige FPÖ. Der Versuch des BFB, die Europawahlen 1994 zu einer Volksabstimmung gegen Maastricht und für die Deutsche Mark zu machen, scheiterte ebenso an fehlender Wählerzustimmung, wie folgende Wahlauftritte dieser rechtspopulistischen Partei, sodass diese Misserfolge im Jahr 2000 zu deren Verfall beitrugen. Nicht nur in dieser inhaltlichen Hinsicht teilt die AfD wesentliche Merkmale mit dem früheren BFB: Auch ihr damaliger, auffällig hoher Professorenanteil weist Ähnlichkeiten zur AfD auf, zumal mit Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty sogar zwei ehemalige BFB-Mitglieder zum prominenten Unterstützerkreis der heutigen AfD zählen, Letzterer gar als AfD-Europaabgeordneter. Zudem weisen beide Parteien sehr ähnliche politische Mitgliedermilieus auf, mit dem Unterschied, dass die AfD diese Milieus besser einzubinden weiß und darüber hinaus auch mit wohlstandschauvinistischer Agitation breitere soziale Schichten ansprechen kann.

Sogar der zentrale Slogan der AfD entpuppt sich bei näherer Betrachtung als schlichte Kopie vom BFB: „Mut zur Wahrheit“ stand schon auf BFB-Wahlplakaten zur Landtagswahl am 13. September 1998 in Bayern.<sup>32</sup>

Zudem erweist sich die AfD als neuer Anlaufpunkt für frühere Mitglieder anderer Rechtsaußenparteien wie der Partei *Die Freiheit* oder den *Republikanern* (REP). In neurechten Kreisen – hierbei besonders deutlich aus dem Umfeld der Wochenzeitung *Junge Freiheit* – wird die AfD als möglicher Hoffnungsträger einer parteipolitisch bislang immer noch erfolglosen nationalistischen Rechten angesehen.<sup>33</sup>





Wahlplakat BFB  
„Mut zur Wahrheit“



Wahlplakat AfD  
„Mut zur Wahrheit“

Im Umgang mit Kritik an den rechten Tendenzen innerhalb ihrer Partei zeigen AfD-Sprecher deutliche Abwehrhaltungen auf: Anstatt sich selbstkritisch mit rechten Tendenzen auseinanderzusetzen, werden zunehmend die Kritiker und die Medien verurteilt.

So warf AfD-Sprecher Bernd Lucke der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vor, seine Partei zu diskriminieren, nachdem die AfD auf deren Internetseite als „rechtspopulistische“ Partei vorgestellt wurde. Dort hatte der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte unter der Rubrik „Wer steht zur Wahl“ formuliert: „Die Einordnung der AfD in das Parteienspektrum ist aufgrund ihrer noch jungen Geschichte schwierig. Dennoch wird die Partei von weiten Teilen der Politikwissenschaft als rechtspopulistisch bezeichnet.“<sup>34</sup> Laut Meldung der FAZ sah Lucke hierin eine „klare Verletzung des Neutralitätsgebotes, dem die Bundeszentrale für politische Bildung unterliegt. Es steht ihr nicht zu, andere Parteien abwertend zu beurteilen oder einseitig eine angeblich wissenschaftliche Mehrheitsmeinung in die Bewertung einfließen zu lassen.“ Seitens der bpb wurde dieser Vorwurf zurückgewiesen. Unterstützt wurde diese Position laut FAZ von dem Politikwissenschaftler Frank Decker, der erklärte: „Die Verwendung des Begriffs ‚rechtspopulistisch‘ im Rahmen eines Parteienprofils ist nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, wenn die Partei den Kriterien des Rechtspopulismus entspricht“. Die Formulierung, dass die AfD von weiten Teilen der Politikwissenschaft als rechtspopulistisch eingestuft werde, „ist nicht zu beanstanden, da sie offen lässt, wie weit die ‚weiten Teile‘ reichen“. Er könne deshalb nicht erkennen, dass das Neutralitätsgebot verletzt worden sein solle.<sup>35</sup>

In der Auseinandersetzung mit der Kritik am rechtspopulistischen Kurs offenbaren sich bei Sprechern der Partei fragwürdige Formen der Auseinandersetzung. Auffällig ist dabei die Begrifflichkeit zur Abwehr von Kritik: Wiederkehrend ist aus den Reihen der AfD hierbei von der „Sprachpolizei“ oder

der „politischen Korrektheit“ die Rede. Besonders Letztere wird im AfD-Jargon zu einem zentralen Feindbild hochstilisiert. Ein kurzer Blick in einen Kommentar von AfD-Parteisprecher Konrad Adam in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* offenbart diese Stoßrichtung. Adam spricht sich darin gegen die „politisch korrekt verlogene Sprache, wie sie in Deutschland in Mode gekommen ist“, aus. Hintergrund dieser Zuschreibung ist die mediale Thematisierung der Aussagen von Bernd Lucke über die „Entartungen“ der Demokratie. Adam sieht in diesem Zusammenhang „moderne Pharisäer“ in Form einer „allgegenwärtige(n) Antifa“ am Werk, die sich durch die Kritik an rechten Tendenzen „Macht“ verleihen würde: „Die Antifa lebt vom Dritten Reich wie die Fliege vom Kot; ohne diese Nahrung müssten ihre Mitglieder verhungern.“<sup>36</sup> Auch programmatisch positioniert sich die Partei in fragwürdiger Weise zum Thema politische Bildung: So lautet es unter Punkt II.4.4 im Wahlprogramm der AfD-Sachsen: „Landeszentrale für politische Bildung abschaffen. Politisch neutrale Aufgaben können von Volkshochschulen, sonstige Aufgaben von parteinahen Stiftungen übernommen werden. Eingesparte Gelder dienen dem Gemeinwohl und werden den Volkshochschulen zugeführt.“<sup>37</sup>

### **3.3 Politische Forderungen und Positionierungen der AfD**

In den *Blättern für deutsche und internationale Politik* beschrieb der Publizist Albrecht von Lucke die AfD als „in weiten Teilen genau jene Partei rechts der Union“, welche „schon Franz Josef Strauß immer gefürchtet hatte“.<sup>38</sup> Der inhaltliche Kern ihrer politischen Weltanschauung besteht bei der AfD in einem rechtsorientierten Euro- und Europaskeptizismus, der mit neoliberal wie auch nationalkonservativ grundierten Gesellschafts- und Wirtschaftsvorstellungen sowie mit wohlstandschauvinistischen Parolen<sup>39</sup> propagandistisch angereichert wird. Programmatisch liegt ein Kernpunkt der

Forderungen in der Veränderung der aktuellen Währungspolitik.<sup>40</sup> Die AfD fordert eine „geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes“ sowie „die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbünde“. Dies soll dadurch vollzogen werden, „dass Deutschland dieses Austrittsrecht aus dem Euro erzwingt, indem es weitere Hilfskredite des ESM mit seinem Veto blockiert“.<sup>41</sup> Beim Thema Staatsfinanzen und Steuern wird ein Schuldenabbau gefordert und das „Kirchhof’sche Steuermodell“ empfohlen. Nach diesem Modell soll anstelle des bislang üblichen progressiven Verlaufs der Einkommenssteuer ein Grenzstufentarif von 15, 20 und 25 Prozent für alle Einkommensgruppen eingeführt werden. Dies kann als Veränderung zugunsten reicher Bevölkerungsschichten gedeutet werden. Mit Hans-Olaf Henkel hat die AfD einen ehemaligen BDI-Vorsitzenden zu ihrem stellvertretenden Sprecher in den Bundesvorstand gewählt, der für eine marktradikale Wirtschaftspolitik in Europa eintritt. In seiner schriftlichen Bewerbung als Kandidat zur Europawahl heißt es:

*„Seit Mai 2010, seit der Vertrag von Maastricht endgültig gebrochen und damit die Brandmauer zwischen den deutschen Steuerzahlern und ausgabefreudigen Politikern im Ausland niedergerissen wurde, erschreckt mich der mit zahlreichen Rettungspaketen verbundene Trend zu Zentralismus, Gleichmacherei und Vergemeinschaftung der Schulden in Europa.“<sup>42</sup>*

Hinsichtlich der Frage nach einer Ausgestaltung Europas zu mehr staatlicher Vereinigung (Henkel: „United States of Europe“) erklärte er:

*„Wo bleibt die Wettbewerbsfähigkeit? Der Wettbewerb zwischen kleinen Einheiten führt überall zu einem stärkeren Ganzen. Das gilt im Sport, in der Wirtschaft, in der Kultur ... und natürlich auch bei Staaten. Die Transferunion führt zu weniger Wettbewerb, damit weniger Wohlstand, der wäre dann ‚gerechter‘ verteilt. Der jetzt angepeilte Weg führt uns weniger zur USE als zur EUDSSR.“<sup>43</sup>*

Der Begriff „EUDSSR“, eine Zusammenfügung von EU und UdSSR, ist ein Schlagwort aus dem rechtspopulistischen antieuropäischen Protestmilieu<sup>44</sup>. Auf eine rechtspopulistische Stoßrichtung deutet ebenfalls ein „AfD-Manifest“. In dem von einem AfD-Funktionär aus Baden-Württemberg verfassten Aufruf, der im Stil an das ‚kommunistische Manifest‘ angelehnt ist, wird zu einer ‚Revolution der bürgerlichen Mitte‘ aufgerufen:

*„Die bürgerliche Mitte ist heute – paradox genug – die eigentlich revolutionäre Klasse. Der Endzweck dieser Revolution ist freilich nicht die klassenlose Gesellschaft, sondern die Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft und der Souveränität des Volkes gegenüber dem Lobbyismus.“<sup>45</sup>*

In ihrem Bundestagswahlprogramm nimmt die AfD Bezug auf das „kanadische Modell“<sup>46</sup> in Bezug auf die Regelung der Zuwanderung. Zugleich wird gefordert: „Deutschland braucht qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung.“ Hierbei wird die wirtschaftliche Nützlichkeit in den Vordergrund gestellt: „Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden.“ Diese Forderung geht einher mit abqualifizierenden Äußerungen von AfD-Sprecher Bernd Lucke in der Presse: Im Kontext der Debatte um die Zuwanderung von Menschen aus Rumänien und Bulgarien erklärte er, es gebe Menschen, die ohne Deutsch zu können und ohne Bildung ins Land kämen. Doch wegen ihrer schlechten Voraussetzungen könnten diese Menschen nicht zurechtkommen. Für sie bliebe nur ein Leben in Hartz IV. „Dann bilden sie eine Art sozialen Bodensatz – einen Bodensatz, der lebenslang in unseren Sozialsystemen verharret.“<sup>47</sup> In einer weiteren Stellungnahme zur Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien wird Lucke mit der Äußerung zitiert: „Das Problem sind eher Randgruppen wie Sinti und Roma, die leider in großer Zahl kommen und nicht gut integrationsfähig sind“.<sup>48</sup>

In anderen politischen Stellungnahmen der AfD zum Thema Zuwanderung wurde angesichts der Volksinitiative

gegen „Masseneinwanderung“ in der Schweiz gefordert, ähnliche Volksabstimmungen in Deutschland durchzuführen: „Unabhängig vom Inhalt des Schweizer Referendums ist auch in Deutschland ein Zuwanderungsrecht zu schaffen, das auf Qualifikation und Integrationsfähigkeit der Zuwanderer abstellt und eine Einwanderung in unsere Sozialsysteme wirksam unterbindet“, erklärte Lucke. „Auch dafür sollten gegebenenfalls Volksabstimmungen ermöglicht werden, wenn die Altparteien das Problem weiter ignorieren“<sup>49</sup>, ergänzte er.

Als zentrale Forderung wird im Wahlprogramm der AfD die Forderung nach einer „direkten Demokratie“ erhoben. Zu deren Umsetzung werden Volksentscheide gefordert: „Wir wollen Volksabstimmungen und Initiativen nach Schweizer Vorbild einführen. Das gilt insbesondere für die Abtretung wichtiger Befugnisse an die EU.“

Diese Forderung ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass in der Schweiz besonders die rechtspopulistische *Schweizerische Volkspartei* durch Volksinitiativen mit ausgrenzendem und diskriminierendem Charakter internationale Aufmerksamkeit erzielt hat. Dies gilt in besonderem Maße für die Volksinitiative gegen Minarettbau sowie die Volksinitiative gegen „Massenzuwanderung“. Zu den am 31. August stattfindenden Landtagswahlen hat die sächsische AfD auf ihrem Parteitag in Zwickau ein eigenes Wahlprogramm erstellt. Dort wurde unter anderem die Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten in Sachsen aufgenommen.<sup>50</sup>

Diese programmatischen Forderungen im sächsischen Landesprogramm – Volksabstimmungen über Minarett-Bauvorhaben, eine Radioquote für deutsche Musik, permanente Güter- und Personenkontrollen an deutschen Außengrenzen – deuten darauf, dass hier deutlich erkennbar Annäherungen an rechtspopulistische Forderungen vollzogen werden. Mit der Aufnahme der Forderung nach Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen mit Minaretten in Sachsen hat zudem

zum ersten Mal das Thema Moscheebau Eingang gefunden in den offiziellen Forderungskatalog der Partei. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund von Bedeutung, dass bislang diese Forderung nur von rechtspopulistischen Parteien wie der *Freiheit*, den *Republikanern* und von *pro NRW/Deutschland* erhoben worden ist und sich die AfD-Spitze bislang um Abgrenzung von einem solchen Kurs bemüht hatte. Daher steht zu befürchten, dass mit der weiteren Entwicklung in Sachsen auch die AfD dazu übergehen könnte, mit Kampagnen gegen Minarettbau in Erscheinung zu treten.

Auch weitere Punkte aus dem sächsischen Programm weisen Ähnlichkeiten mit Forderungen rechtspopulistischer Parteien auf: So etwa die Forderung „Gegen staatlich verordnetes Neusprech“, das als Ausdruck einer „in der Gender- und Gleichstellungsideologie fundierte(n) Weltsicht“ gedeutet wird, oder die Forderung nach einem „deutlich höheren Anteil deutschsprachiger Titel an den Ausstrahlungen in Rundfunk und Fernsehen“ sowie nach „Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen“ im Schulunterricht.<sup>51</sup>

Ähnlichkeiten mit Rechtsaußen-Pamphleten weisen Forderungen einer im Januar 2014 von AfD-Mitgliedern gegründeten „Patriotischen Plattform“ auf. Als deren Sprecher tritt Hans-Thomas Tillschneider in Erscheinung. Er wird auf der Internetseite der AfD-Geschäftsstelle Leipzig mit den Funktionen „Vorstandsmitglied, Schriftführer, Programmkommission“ aufgeführt.<sup>52</sup> In der Gründungserklärung der *Patriotischen Plattform* heißt es u.a.:

„Wir halten an Deutschland fest:

- an seiner politischen Souveränität gegen alle Versuche, die Kernrechte des Parlaments auf supranationale Organisationen zu übertragen;
- an seiner finanziellen Stabilität gegen alle Versuche, es mit den Folgen der Misswirtschaft anderer Staaten zu belasten;
- an seiner Sprache und Kultur gegen die Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft auf seinem Boden;

- *an seiner ökonomischen Stärke, die von der Energiewende bis hin zu einem falsch eingestellten Sozialstaat vielerlei Anfechtung ausgesetzt ist;*
- *an seinem Sozialstaat, der durch falsche Strukturen, vor allem aber durch massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme zunehmend in Frage gestellt wird.“<sup>53</sup>*

Hiermit weist die „Patriotische Plattform“ deutliche Annäherungen an programmatische Forderungen von Rechtsaußenparteien wie etwa den *Republikanern* oder *pro NRW/pro Deutschland* auf. Zugleich lässt diese Erklärung die Annahme zu, dass dieser Kreis seine Aufgabe darin sieht, gegen die multikulturelle Verfasstheit der deutschen Gesellschaft politisch aktiv zu werden. Diese Annahme wird durch einen schriftlich verfassten Standpunkt von Tillschneider auf der Internetseite der Plattform bekräftigt. Dort schreibt er:

*„Das nächste Feld könnte die Kontroverse Leitkultur vs. multikulturelle Gesellschaft sein. Noch 2010 hat die CDU die multikulturelle Gesellschaft für gescheitert erklärt und versucht, sich auf eine deutsche Leitkultur zu berufen. Doch zwischenzeitlich wurde die multikulturelle Gesellschaft im Diskurs der etablierten Parteien und Medien zu einer kaum noch hinterfragbaren Selbstverständlichkeit, und Berufungen auf die deutsche Leitkultur sind zunehmend schwerer, fast schon unmöglich geworden. Halten wir diese Entwicklung auf! Was 2010 in der CDU erlaubt war, kann 2014 in der AfD nicht verboten sein. Holen wir uns, wie Alexander Gauland es so schön gesagt hat, die Diskurshoheit von den 68ern Stück für Stück zurück!“<sup>54</sup>*

Solche Anfeindungen einer multikulturell verfassten Gesellschaft gehen einher mit nationalistischen Vorstellungen: Ein nationalistisches Verständnis von Demokratie hat die AfD-Politikerin Beatrix von Storch mit der Aussage zum Ausdruck gebracht:

*„Demokratie geht nur national. Sie geht nicht international. Sie heißt: Herrschaft des Volkes, es heißt: eines Volkes, nicht Herrschaft der Völker.“<sup>55</sup>*



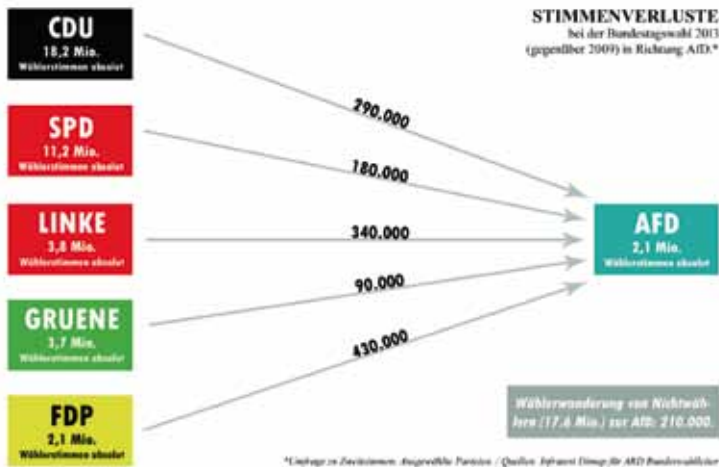
Derartige Positionierungen, die dem Europaparlament im Grunde genommen die demokratische Legitimation absprechen, machen es verständlich, dass die AfD in neurechten Publikationen wie der Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) und von Teilen der Wählerschichten vom rechten Rand als Hoffnungsträgerin angesehen wird. Die JF hat sich seit der Parteigründung der AfD als deren publizistisches Unterstützungsmedium erwiesen. Umgekehrt stellen sich nahezu alle Mitglieder aus der AfD-Parteiführung für Interviews in der JF zur Verfügung. Auf dem 14. Sommerfest formulierte Ulrike Trebesius aus dem AfD-Bundesvorstand ein Grußwort, in dem sie laut Auskunft der JF die Bedeutung der Zeitung für eine „wirklich freie Presse“ zum Ausdruck brachte.<sup>56</sup>

### 3.4 Das Wählerpotenzial der AfD

#### Bundestagswahl 2013

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die AfD 4,7 Prozent der Wählerstimmen. Damit verfehlte die Partei ihr Ziel knapp, die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang noch keiner Partei außer der AfD gelungen ist, innerhalb weniger Monate nach der Parteigründung bei einer Bundestagswahl einen solchen Achtungserfolg zu erzielen.

Die meisten Wähler gewann die AfD von der FDP – laut *Infratest dimap* rund 430.000 Stimmen.<sup>57</sup> 340.000 kamen demnach von der Partei *Die Linke*, 290.000 von CDU und CSU, 180.000 von der SPD und 90.000 von den *Grünen*. 210.000 AfD-Wähler hatten zuvor nicht gewählt. Zwischen diesen rund 1,54 Millionen Wählern und den knapp 2,06 Millionen Zweitstimmen, die die AfD auf sich vereinigen konnte, klafft eine Lücke von rund einer halben Million. Sie kamen laut *Infratest dimap* vor allem aus dem Bereich der Erstwäh-



## Wählerwanderung AfD

ler (100.000) und von früheren Wählern von Kleinparteien (410.000); hinzu kommen 10.000 aus dem Ausland Zugezogene. Bei den 430.000 früheren FDP-Wählern, die für die AfD votierten, dürfte es sich laut Vorwahlumfragen vor allem um Bürger gehandelt haben, die sich am rechten Flügel der FDP orientiert hatten. „Überproportional viele“ AfD-Anhänger „kommen vom rechten Flügel der FDP“, wurde der Leiter des Meinungsforschungsinstituts *Forsa*, Manfred Güllner, in der Woche vor der Wahl zitiert. Güllner konstatierte darüber hinaus signifikante Übereinstimmungen zwischen der AfD-Anhängerschaft und dem Milieu der „Schönhuber-Republikaner in den 90er-Jahren“.<sup>58</sup>

Ihre besten Ergebnisse erzielte die AfD in den ostdeutschen Bundesländern. In Sachsen erreichte sie mit 6,8 Prozent ihr stärkstes Resultat; darauf folgten Thüringen (6,2 Prozent) und Brandenburg (6,0 Prozent). 5,6 Prozent erzielte die AfD in Mecklenburg-Vorpommern und in Hessen, ihrem

stärksten westdeutschen Bundesland. Unter vier Prozent blieb die Partei nur in Nordrhein-Westfalen (3,9 Prozent), Niedersachsen (3,7 Prozent) und Bremen (3,7 Prozent). Die Spitzenergebnisse wurden in Bundesländern erzielt, in denen die Partei stärker als im Westen mit dem Thema Einwanderung geworben hat: Slogans wie „Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme!“ kamen dort auf Plakaten besonders häufig zum Einsatz. Die Tatsache, dass die NPD ebenfalls mit dem Thema Einwanderung in vielen ostdeutschen Bundesländern zwischen zwei und drei Prozent an Wählerzustimmung erreichen konnte, verweist auf die Unterschiedlichkeit der Wählermilieus beider Parteien. Anders hingegen verhält es sich mit den *Republikanern*, die augenscheinlich ihr Wählerpotenzial an die AfD verloren haben.

Über das soziologische Profil der AfD-Wähler bei der Bundestagswahl gibt es kein einheitliches Urteil in der Wahl- und Sozialforschung. Nach Peter Matuschek, *Forsa*-Bereichsleiter für Politik- und Sozialforschung, sei der „typische“ AfD-Wähler „selbstständig, männlich, mit eher überdurchschnittlichem sozialen Status und Einkommen“ ausgestattet: ein „Vertreter der gehobenen Mittelschicht“, der sich „zwischen unten und oben zerrieben fühlt“.<sup>59</sup> Zu einem ganz anderen Resultat kommt Richard Hilmer, Geschäftsführer von *Infra-test dimap*, dem zufolge die AfD-Wähler „aus allen Richtungen“ kämen; die stärkste Zustimmung erhalte die „Professorenpartei“ tatsächlich unter Arbeiterinnen und Arbeitern.<sup>60</sup> Gesichert scheint hingegen zu sein, dass die AfD vorwiegend von jüngeren Menschen gewählt wurde; bei Seniorinnen und Senioren brachte sie es nur auf drei Prozent. Männer votierten zu einem größeren Anteil für sie als Frauen. Entsprechend hatte die AfD ihre stärkste Wählergruppe bei Männern bis zu 45 Jahren.<sup>61</sup>

## Europawahl 2014

Trotz einer – verglichen mit der Bundestagswahl – deutlich niedrigeren Wahlbeteiligung gewann die AfD bei der Europawahl am 25. Mai 2014 noch einmal rund 8.000 Stimmen hinzu. 2.065.162 Bürger votierten bundesweit für die Partei.<sup>62</sup> Das entsprach einem Anteil von 7,0 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer<sup>63</sup> schnitt die AfD mit 10,1 Prozent erneut in Sachsen am besten ab. Deutlich überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte sie auch in Hessen (9,1 Prozent), Brandenburg (8,5 Prozent), Bayern (8,0 Prozent), Baden-Württemberg und Berlin (jeweils 7,9 Prozent). Ergebnisse, die sich etwa in der Höhe des Bundesergebnisses bewegten, erreichte die AfD in Thüringen (7,4 Prozent), Mecklenburg-Vorpommern (7,0 Prozent), dem Saarland (6,8 Prozent), in Schleswig-Holstein (6,8 Prozent) und Rheinland-Pfalz (6,6 Prozent). Schwächer schnitt die Partei in Sachsen-Anhalt (6,3 Prozent), Hamburg (6,0 Prozent), Bremen (5,8 Prozent), Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen (jeweils 5,4 Prozent) ab.

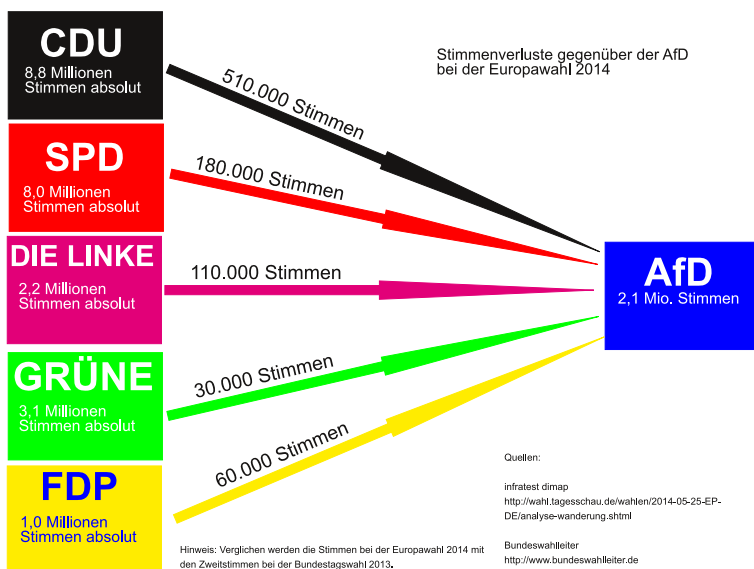
Einer von der *Forschungsgruppe Wahlen* vorgelegten Analyse<sup>64</sup> zufolge unterschieden sich AfD-Wähler vor allem in zwei politischen Themenbereichen vom Rest der Wählerschaft: Von den AfD-Wählern würden 47 Prozent (alle: 15 Prozent) die EU-Mitgliedschaft negativ sehen sowie 57 Prozent (alle: 35 Prozent) im Euro Nachteile erkennen; „weit überproportional viele“ sähen zudem im Bereich Ausländer und Zuwanderung ein großes Problem.

60 Prozent hätten die AfD vor allem wegen der Inhalte gewählt, 39 Prozent sprachen der Analyse der *Forschungsgruppe Wahlen* zufolge von einem „Denkzettel“. Wie bei der Bundestagswahl schnitt die AfD bei Männern stärker als bei Frauen ab (neun bzw. fünf Prozent). Zwischen Berufstätigen und Arbeitslosen (acht bzw. neun Prozent) gab es kaum, zwischen den Altersgruppen nur geringe Unterschiede.

Auch wenn die Ergebnisse von jeweils etwa 2,06 Millionen Stimmen bei Bundestags- und Europawahl den Schluss

nahe legen könnten, dass die AfD bereits über einen stabilen Stimmenpool oder gar eine Stammwählerschaft in annähernd dieser Größenordnung verfügen würde, deutet eine Untersuchung von *Infratest dimap* über die Wählerwanderungen<sup>65</sup> darauf hin, dass noch manches im Fluss ist. Verglichen mit der Bundestagswahl gewann die AfD von der Union unterm Strich 510.000 Wähler hinzu, von der SPD 180.000, von *Die Linke* 110.000, von der FDP 60.000 und den *Grünen* 30.000. Etwa in der gleichen Größenordnung gab die AfD aber auch Wähler ab, offenbar vor allem ins Lager der Nichtwähler.

Bei den Ansichten über die von ihnen präferierte Partei dominierten laut *Infratest dimap* bei den Wählern der AfD zwei Aussagen<sup>66</sup>: 97 Prozent der Befragten erklärten, die AfD „löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen“. 91 Prozent unterstützten die Aussage, die AfD „achtet darauf, dass deutsche Interessen nicht zu kurz kommen“.



60 Prozent sagten, sie hätten die AfD „aus Enttäuschung über andere Parteien“ gewählt.<sup>67</sup>

Ihre persönliche wirtschaftliche Situation schätzten 82 Prozent der AfD-Wähler als gut ein.<sup>68</sup> Das waren fast so viele wie bei den Wählern von FDP und Union (jeweils 87 Prozent), Grünen (86 Prozent) und SPD (85 Prozent) und deutlich mehr als bei den Wählern von Die Linke (69 Prozent).

Bei der Frage, was bei ihrem Votum die größte Rolle gespielt habe, entschieden sich jeweils 41 Prozent für die Antworten „Stabile Währungen“ und „Soziale Sicherheit“, gefolgt von „Zuwanderung“ mit 40 Prozent.<sup>69</sup> Deutlich weniger AfD-Wähler hielten „Friedenssicherung“ (23 Prozent), „Wirtschaftswachstum“ (22 Prozent) oder „Umweltschutz“ (17 Prozent) für die wichtigsten Themen. Unter den Wählern aller Parteien spielten die Währungsstabilität nur für 29 Prozent und das Thema Zuwanderung nur für 13 Prozent die größte Rolle. Auffällig auch die Unterschiede in der Frage, ob die Länder der EU mehr oder weniger gemeinsam handeln sollten: Unter den Wählern aller Parteien entschieden sich 70 Prozent für mehr und 26 Prozent für weniger Gemeinsamkeit.<sup>70</sup> Bei den Wählern der AfD war es fast genau umgekehrt: 31 Prozent für mehr und 67 Prozent für weniger Gemeinsamkeit. 52 Prozent aller Befragten erklärten, Deutschland solle „andere EU-Länder in der Krise unterstützen“. Unter den AfD-Wählern entschieden sich lediglich 18 Prozent für diese Aussage. Während die Wähler von Grünen, Union, SPD und Linken in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands in weit überwiegender Zahl eher Vorteile erkennen, meinen 44 Prozent der AfD-Wähler die Mitgliedschaft bringe eher Nachteile. Nur 21 Prozent der AfD-Wähler erkennen eher Vorteile. Auch in der Frage der Zuwanderung unterscheiden sich die Bürger, die pro AfD votierten, deutlich von den Wählern anderer Parteien: 52 Prozent der AfD-Anhänger unterstützten die Aussage: „Die offenen Grenzen in Europa bedrohen unseren Wohlstand.“ Bei den Anhängern von *Die Linke* (34 Prozent),

SPD (30 Prozent), Union (27 Prozent) und *Grünen* (12 Prozent) waren es deutlich weniger.

Laut *Infratest dimap* wählten neun Prozent der Männer, aber nur fünf Prozent der Frauen AfD, bei den Arbeitslosen waren es fünf Prozent, bei Arbeitern zehn Prozent.<sup>71</sup>

Das Berliner *Forsa*-Institut verortet die AfD-Anhängerschaft in ihrer bisherigen Zusammensetzung in Ober- und Mittelschicht (26 und 53 Prozent).<sup>72</sup> 55 Prozent hätten Abitur und/oder würden studieren und die Wirtschaftserwartungen pessimistisch beurteilen. 44 Prozent verfügen *Forsa* zufolge über ein Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro oder mehr. Vor allem Angestellte (62 Prozent) und Rentner (34 Prozent) fänden Gefallen am eurokritischen Kurs der Partei, Selbstständige (20 Prozent), Beamte (10 Prozent) und Arbeiter (8 Prozent) eher nicht. Männer stellen demnach über zwei Drittel (69 Prozent) der AfD-Anhängerschaft, Frauen nur 31 Prozent. 24 Prozent seien Katholiken, 29 Prozent Protestanten und 47 Prozent konfessionslos. 57 Prozent sind verheiratet. 42 Prozent leben in Orten mit einer Einwohnerzahl von unter 20.000.

Unterschiede machte *Forsa* in den Anhängerschaften rechtsextremer Parteien einerseits und der AfD andererseits aus. Die Sympathisanten der rechtsextremen Gruppierungen wie der NPD fänden sich überdurchschnittlich häufig in Ostdeutschland, während sich die AfD-Anhänger im Verhältnis der Gesamtbevölkerung auf Ost und West verteilen würden. „Anhänger der rechtsextremen Parteien sind jünger, eher Geringverdiener, überwiegend Hauptschulabsolventen oder haben mittleren Schulabschluss und gehören in überdurchschnittlichem Maß den unteren sozialen Schichten an“, erklärte *Forsa*-Leiter Manfred Güllner. Arbeiter und Arbeitslose seien im rechtsextremen Lager häufiger vertreten als unter den AfD-Anhängern. Die „Radikalen“ würden sich zudem, anders als AfD-Anhänger (28 Prozent), mit großer Mehrheit (61 Prozent) dazu bekennen, politisch rechts zu stehen. Gemeinsam sei beiden Gruppen die pessimistische

Wirtschaftserwartung, der überdurchschnittliche Anteil der Konfessionslosen und die überproportionale Vertretung von Männern. Bei den einen wie bei den anderen werde den Parteien im Bundestag kaum politische Kompetenz zugetraut. Güllner macht die Trennungslinie zwischen beiden Lagern in der sozialen Schichtzugehörigkeit aus: „Anhänger der AfD stammen eher aus der Ober- und Mittelschicht mit relativ hohem Einkommen und entsprechend hoher Schulbildung, während Sympathisanten der rechtsextremen Parteien dagegen überwiegend aus den unteren sozialen Schichten mit geringem Einkommen und geringer Schulbildung kommen.“ Allerdings erwartet *Forsa*, dass nach der Europawahl und der öffentlichen Debatte über das gute Abschneiden der AfD die Partei nun offenbar auch Zulauf von Angehörigen der unteren Schichten bekomme, die bislang eher zur Wahlenthaltung tendiert hätten.

### 3.5 Die AfD und der rechte Rand

Die Partei wird von weiten Teilen der Politikwissenschaft als rechtspopulistisch oder rechtspopulistisch beeinflusst bezeichnet.<sup>73</sup>

Die AfD wehrt sich gegen den Vorwurf, rechtspopulistische Positionen zu vertreten oder personell durch Rechtspopulisten beeinflusst zu sein. Tatsächlich aber übte die neue Partei nicht nur auf frühere Mitglieder von CDU und FDP sowie vormals nicht parteipolitisch gebundene Bürger, die Anstoß an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung nahmen, eine besondere Anziehungskraft aus. Hoffnungen auf das neue Parteienprojekt setzten früh auch zwei Gruppen am rechten Rand des politischen Spektrums:

- Zum einen (frühere) Mitglieder und Anhänger bisher erfolgloser rechter Kleinparteien. Sie hatten die Erfolglosigkeit dieser Parteien zu konstatieren. Die



rechtspopulistische Partei *Die Freiheit* etwa blieb seit ihrer Gründung 2010 eine Randerscheinung. Gleichzeitig erkannte Rene Stadtkewitz, ihr Gründer und erster Vorsitzender, eine programmatische Nähe zur AfD: „Ein Vergleich der Programme zeigt, die Ziele der AfD decken sich zu min. 90 Prozent mit unseren.“<sup>74</sup> Beinahe logische Folge war, dass Stadtkewitz nach der Bundestagswahl 2013 erklärte, seine Partei habe beschlossen, „ihre bundes- und landespolitischen Vorhaben einzustellen“. Die AfD werde „einen Großteil unseres Anliegens, unserer Positionen nun dorthin tragen, wo es den Altparteien am meisten weh tut: in die Parlamente“. Im steten Niedergang befinden sich seit zwei Jahrzehnten auch *Die Republikaner*. Auch aus deren (Ex-)Mitgliedschaft waren manche auf der Suche nach einer Alternative. Quantitativ waren diese Parteiwechsler von rechtsaußen in der AfD stets in der Minderheit. Michael Stürzenberger, Nachfolger von Stadtkewitz als *Die Freiheit*-Vorsitzender, schätzte, dass bis zum Oktober 2013 etwa 500 frühere *Freiheit*-Mitglieder zur AfD gewechselt waren.<sup>75</sup> Dies korrespondiert mit einer Angabe der AfD-Landesvorsitzenden in Sachsen, Frauke Petry. Sie erklärte im Herbst 2013, etwa ein Dreißigstel der AfD-Mitglieder in ihrem Landesverband seien zuvor *Freiheit*-Mitglieder gewesen.<sup>76</sup> Doch die Parteiwechsler hatten zwei Vorteile gegenüber den AfD-Mitgliedern, die erstmals parteipolitisch aktiv geworden waren: Einerseits beherrschten sie dank ihrer Vorerfahrung bereits parteiinterne Instrumentarien, von der Satzung bis zur Geschäftsordnung. Andererseits wussten sie um die Wichtigkeit, Netzwerke zu bilden, um in einflussreiche Positionen zu gelangen.

- Zum anderen Mitglieder vom rechten Flügel lokaler Wählergemeinschaften. Der weit überwiegende Teil der freien Wählergemeinschaften ist dem demokratischen Spektrum zuzuordnen, von einer eher ökologischen bis

hin zu einer konservativen Orientierung. Allerdings lassen sich auch lokale Gruppen erkennen, die eine Nähe zum rechten Rand aufweisen. Beispielhaft dafür stehen etwa die *Freien Wähler Frankfurt*. Für Mitglieder lokaler Wählergemeinschaften – und damit auch für deren rechten Teil – hatte sich schon immer die Frage gestellt, wie man über die Ebene der eigenen Stadt oder des Kreises hinaus politisch wirksam werden könnte. Ein Modell war die AfD.

Der Einfluss solcher (Ex)-Mitglieder von Rechtsaußen-Parteien und -Wählergemeinschaften auf Bundesebene hält sich seit der Gründung der Partei in engen Grenzen. Anders sieht es in vielen Regionen auf Landes- und auf kommunaler Ebene aus. Zwar bemühte sich die Parteispitze, Personen, die persönlich oder politisch als Belastung gelten konnten, zu bremsen und umgekehrt Mitglieder zu fördern, mit denen ein Parteaufbau ohne negative Schlagzeilen möglich wäre. Doch nicht immer waren solche Versuche erfolgreich.

## Rechte Hoffnungen

Die AfD Hamburg war einer der ersten Landesverbände der Partei, dessen Rechtsaußen-Kontakte für Unruhe sorgten. Anstoß erregte, dass mit Jens Eckleben ein führendes Mitglied in der Hansestadt zuvor Landesvorsitzender der Partei *Die Freiheit* gewesen war. Über Eckleben wurde zudem berichtet, auf seinem Youtube-Kanal stoße man auf eine Datei mit dem Titel „Historisches Liedgut aus dem 19. Jahrhundert – Interpret: Frank Rennicke“.<sup>77</sup> Rennicke ist einer der bekanntesten Neonazi-Musiker. Ecklebens Engagement bei der *Alternative für Deutschland* war unter anderem ein Grund, warum der ehemalige FDP-Politiker Sigurd Greinert Anfang Mai 2013 entnervt die Hamburger AfD verließ. Parteimitglieder wie Eckleben würden „von der Parteiführung ungehindert islamkritische oder andere meines Erachtens

am rechten Rand fischende Blog-Einträge verfassen“, kritisierte Greinert: „Ich kann eine Partei nicht länger unterstützen, die es zulässt, dass Mitglieder aus Parteien mit rechtspopulistischen Motiven unkontrolliert aufgenommen werden.“<sup>78</sup> In der Folge sorgte die Spitze der Hamburger AfD dafür, dass Eklats wie derjenige um Eckleben ausblieben. Er wurde auf die hinteren Ränge der Partei verbannt. Laut Meldungen des Internetportals *publikative.org* hielt die AfD Hamburg jedoch Kontakt zu dem im Frühjahr 2013 gegründeten *Konservativ-Freiheitlichen Kreis Hamburg*, der sich eigenen Angaben zufolge unter Mitwirkung von Aktivisten um das islamfeindliche Internetportal *Politically Incorrect* (PI) und von „Leuten der Identitären Bewegung“ gebildet hatte.<sup>79</sup> Der *Konservativ-Freiheitliche Kreis* hatte schon bald nach seiner Gründung etwa Oberst a.D. Manfred Backerra als Referenten eingeladen, der wegen seiner Rechtsaußen-Aktivitäten 2004 Hausverbot von seinem ehemaligen Arbeitgeber, der Führungsakademie der Bundeswehr, bekommen hatte. Eingeladen war auch Wolfram Schiedewitz, der seinen *Verein Gedächtnisstätte* vorstellen sollte – ein Verein, der regelmäßig Veranstaltungen mit Geschichtsrevisionisten durchführt.

Im Landesverband Niedersachsen machte vor allem der Kreisverband Göttingen Schlagzeilen. Einer seiner stellvertretenden Vorsitzenden gehörte der Burschenschaft *Hannovera Göttingen* an, die bis kurz zuvor dem wegen seiner Kontakte in die extreme Rechte in die Kritik geratenen Dachverband *Deutsche Burschenschaft* angeschlossen war.<sup>80</sup> Von einem anderen Kreis-Vize kursierte im Internet ein Bild – von dem so Porträtierten als Fotomontage dargestellt –, das ihn mit Hitlergruß zeigte.<sup>81</sup> Beide traten Ende August 2013 von ihren Ämtern im Vorstand zurück.<sup>82</sup> Dem Landesvorstand gehörte zeitweise Wilhelm von Gottberg an. Von Gottberg hatte im November 2012 eine Laudatio bei der Verleihung des „Kulturpreises Wissenschaft“ an Gerd Schultze-Rhondorf gehalten. Schultze-Rhondorf hatte sich mit seinem

2003 veröffentlichten Buch „1939 – Der Krieg der viele Väter hatte“ einen Namen in der extremen Rechten gemacht. In seiner Laudatio erklärte von Gottberg, Schultze-Rhondorf sei „mit seinen Veröffentlichungen zu einem Hoffnungsträger für die nachwachsenden Generationen“ geworden – und: „Es wird – wann auch immer – ein Ende haben mit der Pariarolle Deutschlands in der Völkergemeinschaft.“<sup>83</sup>

Zu den Parteigliederungen, in denen vormalige *Die Freiheit*-Mitglieder aktiv wurden, gehörte auch die AfD Mecklenburg-Vorpommern. Der frühere Vorstandssprecher des Landesverbandes, Andreas Kuessner, hatte sogar dem Bundesschiedsgericht der *Freiheit* angehört. Auch als Autor eines Manifests mit dem Titel „Mehr Patriotismus wagen“ hatte sich Kuessner in seiner früheren Partei einen Namen gemacht. Ende 2011 erklärte er, er stehe nicht nur „für mehr Patriotismus“ ein, sondern auch dafür, den „Ungeist der politischen Korrektheit“ und die „Zuwanderung von Integrationsverweigerern“ zu bekämpfen.<sup>84</sup> Das *Handelsblatt* wies zudem im Sommer 2013 auf die Facebook-Seite des Landesschatzmeisters Klaus-Peter Last hin. Last habe zwar „mehrere Jahre bei den Grünen“ verbracht, schrieb die Zeitung: „Allerdings zeigt er auf seiner Facebook-Seite offen Sympathie für den Gitarristen Sascha Korn, dessen Lieder auch auf einer NPD-Schulhof-CD erschienen sind.“<sup>85</sup> Landessprecher Steffen Wandschneider machte im vorigen Jahr wiederholt Schlagzeilen, weil er gegen den Willen des Bundesvorstands Kontakte mit der britischen Rechtspartei *United Kingdom Independence Party* (UKIP) und der FPÖ-Abspaltung *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) knüpfte und Bündnisse dieser Parteien mit der AfD in Aussicht stellte. Nach einem Treffen mit dem UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage sagte Wandschneider gegenüber der rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, bei dem „sehr persönlichen Gespräch“ mit Farage sei es auch um die Frage einer künftigen Zusammenarbeit

## Junge Freiheit

Die Junge Freiheit (JF) ist eine 1986 gegründete Zeitung, die seit 1994 als Wochenzeitung erscheint und als Sprachrohr der sogenannten ‚Neuen Rechten‘ angesehen werden kann.<sup>86</sup> Ein zentrales Bestreben der Redaktion ist der Aufbau einer neuen politischen Kraft rechts des derzeit existierenden demokratischen Parteienspektrums. In der AfD sieht die JF einen möglichen Hoffnungsträger für ihr lang gehegtes Ansinnen. Die JF verfolgt damit offensichtlich den Zweck, die AfD als politisches Zugpferd für ihre Forderung nach einer Re-Nationalisierung des Politischen nutzbar zu machen. Chefredakteur Dieter Stein sah im April 2013 in der AfD das Mittel, „die sonst übliche Schweigespirale zu durchbrechen“. Er schrieb ihr das Potenzial zu, „das vorhandene Parteiensystem zu öffnen und die Marktgesetze auch in der Politik wieder zum Wirken zu bringen, wo sich die Bürger in entscheidenden Fragen wie in der DDR nur noch einer Nationalen Front von CDU/CSU/FDP/SPD/Grüne gegenübersehen“.<sup>87</sup> In einem Kommentar vom 24. Januar 2014 schrieb Stein, die Europawahl werde für die AfD zur „Schicksalsentscheidung“. Die junge Partei dürfe sich „nicht in die Defensive drängen lassen“.<sup>88</sup> Stein: „Der ‚neue Tugendterror‘ (Sarrazin) der Politischen Korrektheit lähmt eine offene Debatte über brennende Fragen und schränkt den demokratischen Diskurs ein. Die Euro-Krise hat ein Repräsentationsdefizit breiteren Ausmaßes aufbrechen lassen. Hier wächst die Aufgabe der AfD.“ Offensichtlich sei, dass die Partei langfristig „einer thematischen Verbreiterung bedarf: Familienpolitik, die kulturelle Definition eines Europas der Nationalstaaten, eine souveränere deutsche Außenpolitik, nicht zuletzt die dramatischen Konsequenzen des demographischen Niedergangs und der Massenzuwanderung“.

im EU-Parlament gegangen.<sup>89</sup> Im Dezember 2013 schied Wandschneider aus dem Landesvorstand aus. Auch nach einer neuen Vorstandswahl im Februar 2014 kam der Landesverband nicht zur Ruhe.

Nicht nur aus der *Freiheit*, sondern auch von einer anderen Gruppierung des rechten Randes hatte die AfD Sachsen Zulauf: In Chemnitz rief die Ernennung eines Mitglieds aus der Stadtratsfraktion der rechten *Bürgerbewegung pro Chemnitz* zum Schatzmeister der örtlichen AfD öffentliche Auseinandersetzungen hervor. Nach internen Streitereien trat er von diesem Posten wieder zurück.<sup>90</sup> Eine neue politische Heimat fand auch Karl-Heinz Obser bei der AfD, der früher DSU-Landeschef war und später mit Ex-NPD-Mitgliedern ein „Bündnis für Sachsen“ schmieden wollte.<sup>91</sup>

Dass die Basis der AfD deutlich rechts von der auf Bundesebene vorgegebenen Linie positioniert ist, legen die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung zur Programmatik der Partei nahe, die der Landesverband Bayern zum Jahreswechsel durchführte.<sup>92</sup> Die Mitglieder würden „keine weichgespülten Formulierungen“ wollen, erklärte Petr Bystron, Vorstand des Ausschusses für Europa- und Außenpolitik der AfD Bayern, im Interview mit dem Magazin *eigentlich frei*.<sup>93</sup> Bystron: „Wir wollen ‚klare Kante‘ kommunizieren.“ *Politically Incorrect* (PI) kommentierte: „Die Ergebnisse zu den Islam-Fragen zeigen, dass ein Großteil der AfD-Mitglieder einen islamkritischen Kurs unterstützt, der über die bisher von der Parteispitze geäußerten Bedenken hinausgeht.“<sup>94</sup> 89,6 Prozent teilten die Aussage, die AfD stelle sich „einer durch Drittstaaten gelenkten und finanzierten Ausbreitung des Islams in Europa, die gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und den Rechtsstaat gerichtet ist und sich als Eroberung Europas versteht, entgegen“, freute man sich bei PI. Das Internetportal *Endstation Rechts* befand, die Mitglieder des bayerischen Landesverbandes hätten sich für einen „ultrarechten Kurs“ ausgesprochen: „Besonders islamfeindliche Thesen finden an der Basis hohe Zustimmung.“<sup>95</sup> Mehr

als 90 Prozent der Teilnehmer glaubten demnach, „Tendenzen zur Errichtung einer islamischen Theokratie“ erkannt zu haben.

Nicht nur die Ergebnisse der Befragung in Bayern und die Formulierungen im Landtagswahlprogramm in Sachsen (siehe Kapitel 3.3) legen die Vermutung nahe, dass das Bemühen um eine verbale Mäßigung unterhalb der Bundesebene eher kritisch gesehen wird. Auch auf lokaler Ebene: So legte etwa der Kreisverband Dahme-Spreewald (Brandenburg) ein Wahlprogramm zur Kommunalwahl vor, in dem u.a. gefordert wurde, die Einrichtung von Asylbewerberheimen müsse an „Volksentscheide“ auf Gemeindeebene geknüpft werden.<sup>96</sup>

Drei Landesverbände machten über Monate wegen ihres (zeitweiligen) Rechtstrends Schlagzeilen.

## Der Fall Nordrhein-Westfalen

Bis in die ersten Monate des Jahres 2014 wurde die NRW-AfD vom Konflikt zweier Flügel beherrscht: einem wirtschaftsliberalen und einem nationalkonservativ-rechtspopulistischen Flügel, personalisiert durch den ersten Landesvorsitzenden Alexander Dilger auf der einen Seite und einem seiner Stellvertreter, AfD-Mitbegründer Martin E. Renner, auf der anderen Seite. Renner sagte über sich, er stehe für die „konservativ-liberale, patriotische Position in der AfD“.<sup>97</sup> Bei einer Mitgliederversammlung der Landespartei im Januar 2014 „geißelte“ er einem WDR-Bericht zufolge das „nationale Identitäten zerstörende EU-Projekt der politischen Pseudo-Eliten“.<sup>98</sup> Das Europäische Parlament nannte er „eine Fassadendemokratie“ und kritisierte eine angebliche „Islamisierung der Alltagswelt“. Dilger, ein früheres FDP-Mitglied, Euro-, aber nicht EU-Gegner und in gesellschaftspolitischen Fragen eher liberal eingestellt, widersprach Renners Selbsteinschätzung als „konservativ-liberal“: „Was die politischen Inhalte angeht, verstehe ich Ihre Selbstzuschreibung als

nicht nur, aber auch liberal nicht und halte selbst konservativ für nicht den richtigen Ausdruck. Bernd Lucke oder Konrad Adam sind konservativ, Sie sind ultrakonservativ bzw. reaktionär.“<sup>99</sup> Manchmal, so Dilger zudem, lasse Renner die nötige Abgrenzung zum Rechtsextremen vermissen. Verschärft worden war die Auseinandersetzung dadurch, dass Renner trotz der Absage von AfD-Sprecher Lucke an eine Zusammenarbeit mit der *United Kingdom Independence Party* ein Bündnis der AfD mit der britischen Partei befürwortete. Der Streit beider Fraktionen führte im Herbst letzten Jahres zur Handlungsunfähigkeit des Landesvorstands. Dilger trat zurück, Renner wurde bei einem Parteitag abgewählt.

Der Streit zwischen liberalen und nationalkonservativ-populistischen Kräften führte dazu, dass ein Funktionär wie Hermann Behrendt, einer der stellvertretenden Landessprecher, quasi die „Mitte“ des Landesverbandes bilden konnte. Das überrascht auf den ersten Blick, da sich Behrendt in der Vergangenheit als Vertreter demokratiethoretisch fragwürdiger Modelle hervorgetan hat. Behrendt plädierte dafür, die parlamentarische Demokratie in Deutschland durch eine „mandative Demokratie“ zu ersetzen.<sup>100</sup> Demnach sei die Regierung nicht vom Parlament, sondern direkt zu wählen; dasselbe solle für den Bundespräsidenten gelten. Gleichzeitig sprach sich Behrendt für den „Verzicht“ auf das „überflüssige Parlament“ aus.<sup>101</sup> Zwar forderte er einen „offenen Diskurs“ in einem „Bürgerforum“ über politische Belange und „direktdemokratische Eingriffsmöglichkeiten“. Doch dabei war nicht ersichtlich, wie die Regierung noch kontrolliert werden sollte. Sie solle, schlug Behrendt vor, Gesetze in eigener Vollmacht per Erlass verkünden können – eine Konzeption, die mit der Tradition der Gewaltenteilung brechen würde.

Während Behrendts Vorstellungen von einer „Mandativen Demokratie“ parteiintern nicht erkennbar auf Kritik stießen, verhielt sich dies bei der Personalie Ulrich Wlecke anders. Wlecke war bei einem Landesparteitag auf Platz vier der Kandidatenliste für die Bundestagswahl gewählt worden.



In seiner Studienzeit war er Mitglied in der *Burschenschaft Franconia*. Gemeinsam mit Bundesbrüdern aus der *Franconia* wurde er auch beim *Ring Freiheitlicher Studenten* (rfs) aktiv, der 1977 gegründet worden war und – nach österreichischem Vorbild – als rechte Alternative zur CDU-Hochschulorganisation RCDS fungierte. Von 1989 bis 1992 war er zudem Mitglied der *Republikaner* und soll auch in die Versuche der REP involviert gewesen sein, eine Parteistiftung, die *Franz-Schönhuber-Stiftung* zu gründen.<sup>102</sup> Doch nicht nur weit zurückliegende Aktivitäten wurden dem Düsseldorfer vorgehalten: Noch in den Jahren 2009 und 2010 war er für die rechtspopulistische FPÖ tätig – als „Budget-Experte“ bei Parlamentsanhörungen in Wien. Schon kurz nach seiner Wahl auf die Landesliste meldeten sich AfD-Mitglieder und -Anhänger zu Wort, die mit FPÖ-nahen Positionen nichts zu tun haben wollten. AfD-Mitglieder verfassten einen „Düsseldorfer Appell“ und sprachen sich gegen die Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern von NPD, DVU, *Republikanern*, *pro Köln*, *pro NRW* und *Freien Wählern Düsseldorf* aus. Bei Vertretern des rechten Parteiflügels wiederum stieß der „Düsseldorfer Appell“ auf Widerspruch. Renner nannte ihn „eine Hysterisierung, eine Hexenjagd“, wie die *Welt am Sonntag* berichtete.<sup>103</sup> Zu stoppen war Wlecke auch mit dem „Appell“ nicht mehr: Bei der Kommunalwahl am 25. Mai trat er als Spitzenkandidat seiner Partei in der Landeshauptstadt an.

Nicht nur Wleckes Kandidatur in Düsseldorf wirft Fragen zur politischen Positionierung der AfD im einwohnerstärksten Bundesland auf. In Essen trat die AfD gleich mit sechs ehemaligen *Republikanern* auf ihrer Kandidatenliste am 25. Mai 2014 zur Wahl des Stadtrats an.<sup>104</sup> Ebenfalls für die AfD in Essen kandidierte Nicolai Boudaghi Vandchali. Boudaghi, seinerzeit als Mitglied von *Die Freiheit* vorgestellt, war im Februar 2013 in den nordrhein-westfälischen Landesvorstand des *Rings Freiheitlicher Jugend* (RFJ) gewählt worden – eine von Nachwuchskräften der rechtspopulistischen *Bürgerbewegung pro NRW* dominierte Organisation. Im August

2012 sprach er in Köln bei einer Demonstration der *German Defence League* (GDL). Im Vorfeld jener Veranstaltung hatte er erklärt, es gehe darum, „ein System zu stoppen, was sich nicht mal mehr die Mühe gibt seinen diktatorischen Charakter zu verbergen“. Es werde Zeit, „sich dem entgegenzustellen mit allem, was uns zur Verfügung steht“.

Die Zeiten, da der Landesverband von – nach AfD-Maßstäben – liberalen Kräften geführt wurde, scheinen erst einmal vorbei zu sein. Als neuer Landessprecher wurde bei einem Parteitag am 7. Juni 2014 Marcus Pretzell gewählt<sup>105</sup>, der als Kritiker und potenzieller Rivale von Parteichef Lucke gehandelt wird. Am deutlichsten waren die Differenzen zwischen beiden in der Frage geworden, mit welchen Parteien die AfD im Europaparlament zusammenarbeiten sollte. Lucke hatte früh signalisiert, dass er die britischen Konservativen favorisierte. Pretzell machte sich zum Fürsprecher jener Mitglieder, die Sympathien für ein Bündnis mit der UKIP hegten. Bei einem Parteitag zur Europawahl sagte er einem Mitschnitt seiner Rede zufolge, die britischen Konservativen könnten „keine Partner für uns sein“. Seine Begründung: Die Tories würden in ihrer Fraktion mit „germanophoben Parteien“ wie der tschechischen ODS oder der polnischen PiS zusammenarbeiten. Pretzells Ansage vor den Delegierten in Berlin war deutlich: „Persönlich sage ich Ihnen: Für die Tories stehe ich nicht zur Verfügung.“ Mit knapp 55 Prozent der Stimmen wählten ihn die Delegierten gleichwohl auf Platz 7 der AfD-Liste zur Europawahl. Pretzell trat auch bei einer Veranstaltung mit UKIP-Chef Nigel Farage Ende März in Köln auf. Für seinen Auftritt handelte sich Pretzell eine Rüge des Bundesvorstands ein<sup>106</sup>, in den er wenige Tage zuvor gewählt worden war.<sup>107</sup>

Neben der Wahl Pretzells an die Spitze der NRW-AfD fasste der Landesparteitag vom 7. und 8. Juni 2014 einen weiteren Beschluss, der als Richtungsentscheidung gewertet werden kann. Als erster Landesverband bundesweit erkannten die Delegierten die *Junge Alternative* (JA) als offizielle Jugend-

organisation an.<sup>108</sup> Die JA hatte die Kölner Farage-Veranstaltung organisiert und mit provokativen Kampagnen auch bei der AfD-Spitze für Unbehagen gesorgt. In einem entscheidenden Teil der Programmatik weicht sie von der Parteilinie ab. Während Lucke wiederholt erklärte, es gehe ihm um eine Reform der EU, heißt es bei der JA: „Die Junge Alternative für Deutschland setzt sich für eine demokratische Auflösung der Europäischen Union ein und fordert stattdessen eine Wirtschaftsgemeinschaft nach Vorbild der ‚Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft‘ (EWG).“<sup>109</sup>

## Der Fall Hessen

Die AfD in Hessen war der Landesverband der Partei, der aus Sicht des Bundesvorstands in den letzten Monaten die meisten negativen Schlagzeilen produziert hat. Für einen Rechtstrend der Hessen-AfD standen früh zwei Namen: Heinrich Hofsummer und Wolfgang Hübner. Das zeitweilige Landesvorstandsmitglied Hofsummer war von 1990 bis 1991 und von 1993 bis 1995 für die CDU Mitglied des hessischen Landtags. 1997 verließ er die Union. 2002 versuchte er sich am Aufbau eines hessischen Landesverbands der *Schill-Partei*.<sup>110</sup> Später ging er für eine Weile zum *Bund Freier Bürger* (BFB). Von 1995 an arbeitete er im hessischen Hünfeld als Leiter der *Jahnschule*, die er 2002 im Streit verließ. Damals waren Beschwerden bekannt geworden, denen zufolge er etwa eine siebte Klasse während des Englisch-Unterrichts den Satz im Chor wiederholen ließ: „In Germany there are too many immigrants.“ Auch habe er schon in den 1980er-Jahren während seiner Tätigkeit an einer Schule im hessischen Niederaula die Schülerinnen und Schüler „Deutschland, Deutschland über alles“ singen lassen, kritisierten Elternvertreter.<sup>111</sup>

Besonderes Lob in Rechtsaußen-Kreisen hat Wolfgang Hübner, Ratsmitglied der *Freien Wähler Frankfurt* und ehe-

mals stellvertretender Landessprecher der AfD Hessen, erhalten. Er habe mit seinen Äußerungen des Öfteren „für empörte Reaktionen zart besaiteter und politisch überkorrekter Parteifreunde“ gesorgt, hieß es Mitte Mai 2013 anerkennend auf der Website der Rechtsaußen-Monatszeitschrift *Zuerst*.<sup>112</sup> Hübner hatte unter anderem behauptet, die NSU-Morde würden „politisch instrumentalisiert“; die „Situation“ werde „von verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten in unverschämter Weise“ genutzt, „um von dem Staat zusätzliche materielle und ideelle Zuwendungen zu fordern“.<sup>113</sup> „Hübner steht für politische Brandstiftung am rechten Rand des Parteienspektrums“, urteilte die *Frankfurter Rundschau*: „Es ist leicht erkennbar, dass er den verbreiteten Unmut über die europäische Währungspolitik und ihre sozialen Folgen (...) nur als politischer Trittbrettfahrer nutzen möchte.“ Ihm gehe es „um viele andere Ziele und Inhalte – etwa um Stimmungsmache gegen muslimische Migranten, auch gegen die Menschen, die als Teil der großen europäischen Armutswanderung nach Deutschland und Frankfurt kommen“.<sup>114</sup> Im Interview mit der Zeitschrift *Sezession* hatte Hübner im April 2013 in der Tat bestätigt, dass ihm an einer weit über die Euro-Thematik hinausgehenden Programmatik gelegen war: „Die Arbeit an einem umfassenden Parteiprogramm hat erst begonnen“, erklärte er dort. „Wenn das Programm formuliert ist, wird die AfD eine echte Alternative auch in vielen anderen Fragen sein – ich bin da sehr optimistisch.“<sup>115</sup>

Anfang Oktober 2013 befand Hübner offenbar mit Blick auf FPÖ, *Front National* und *Partij voor de Vrijheid*: „Der andauernde und weiter ansteigende Erfolg von sogenannten ‚rechtspopulistischen‘ Parteien in Österreich, Frankreich oder Holland und anderen Staaten beweist, dass mit einwanderungs- und islamkritischen, dazu euro- und globalisierungskritischen Positionen Wahlen sehr erfolgreich bestritten werden können.“<sup>116</sup> Bereits „der Achtungserfolg der keineswegs ‚rechtspopulistischen‘ AfD“ bei der Bundestagswahl signalisiere „eine Veränderung des gesellschaftlichen

und politischen Klimas in Deutschland, das künftig zumindest ‚rechtspopulistischen‘ Positionen weit größere Wirkung als in der Vergangenheit sichert. Die AfD ist also gut beraten, solche Positionen inhaltlich und personell zu integrieren, will sie noch größeren Erfolg haben“. Integrieren solle man „auch eine fundierte Kritik an den Islamisierungstendenzen in Deutschland“.

Hübner war auch einer derjenigen, die im vorigen November eine organisatorische Krise im hessischen Landesverband auslösten.<sup>117</sup> Bei einem Landesparteitag trat der komplette Vorstand zurück. Zur Neuwahl der Führungsspitze kam es aber nicht, da mehr als ein Drittel der erschienenen Mitglieder den Saal verließen und den Parteitag damit beschlussunfähig machten. Die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* berichtete, etwa 160 der insgesamt 415 anwesenden Mitglieder seien hinausgegangen.<sup>118</sup> Darunter waren auch Hübners Anhänger. „Hessens AfD zerlegt sich selbst“, bilanzierte die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* den misslungenen Parteitag.

Auch mit einem neuen, bei einem weiteren Parteitag drei Wochen später gewählten Vorstand gelang es nicht, aus den Schlagzeilen zu kommen. Zunächst fiel Landessprecher Volker Bartz durch rechten Jargon auf. Einem Bericht der FAZ zufolge sagte er, er spreche sich vor allem dagegen aus, „dass Einwanderer und Sozialschmarotzer die deutschen Sozialsysteme ausbeuten“.<sup>119</sup> Dann wurden Äußerungen von Schatzmeister Peter Ziemann bekannt. Wie *Frankfurter Rundschau*<sup>120</sup> und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichteten, hatte Ziemann bei Facebook geschrieben: „Mir sind nationale Korruption und Mafiosi lieber – bei denen weiß man zumindest, woran man ist – als die internationalen Mafiosi, die unter dem Deckmantel von Demokratie, Humanismus und Multikulti die Menschheit in einem öko-faschistischen Gefängnisplaneten versklaven wollen.“<sup>121</sup> Konkret seien das, so gibt die FR Ziemanns Facebook-Eintrag wieder: die jüdische Bankiersfamilie Rothschild, der liberale jüdisch-ame-

rikanische Milliardär George Soros, die Unternehmerfamilie Rockefeller „und die ganzen freimaurerisch organisierten Tarnorganisationen, die ein Großteil unserer Politiker-Attrappen über ihre Führungsoffiziere steuern“. Auf der Internetseite eines Unternehmens, für das Ziemann als Autor von Marktanalysen tätig war, hatte er zudem 2012 notiert: „Der heutige Sozialismus, der sich Demokratie schimpft, muss das gleiche Schicksal wie der Ostblock vor mehr als 20 Jahren erleiden. Nur so können wir die satanistischen Elemente der Finanz-Oligopole von den westlichen Völkern wieder abschütteln, die wie die Zecken das Blut der Völker aussaugen und die Körper mit tödlichen Bakterien verseuchen.“ Ziemann wurde nur fünf Tage nach seiner Wahl seines Amtes enthoben. Landessprecher-Kollege Volker Bartz geriet mit in den Strudel – unter anderem, weil er, so die FAZ, Ziemanns Äußerungen in einer parteiinternen E-Mail als „für intellektuelle Personen philosophisch interessant“ bezeichnet hatte.

Ohne Bartz und Ziemann beim Namen zu nennen, stellte sich Hübner an deren Seite. In einem Text mit dem Titel „Die AfD am Jahresende: Leider keine Alternative - Zu wenig Politik, zu viel Gezänk und Intrige“, veröffentlicht auf der Internetseite der *Freien Wähler Frankfurt*<sup>2</sup>, monierte er, im Erscheinungsbild der Partei würden „allerlei Abgrenzungen, Rücktritte, Machtspiele, Intrigen und auch Denunziationen“ dominieren.<sup>122</sup> „Ausgerechnet in der AfD, auf der so große Hoffnungen auf Widerstand, ja sogar Kampf gegen die informelle Herrschaft der sogenannten ‚Politischen Korrektheit‘ ruhten, wird mit selbstmörderischer Intensität jegliche ‚rechte‘ Gesinnung oder Äußerung exorziert.“ Zwar müsse sich die Partei selbstverständlich gegen Rechtsextremismus und rechtsextreme Einflüsse oder Provokateure schützen, räumt Hübner ein, schließt aber umgehend die Frage an: „Muss sie das zur Freude und zum Gespött ihrer wahrlich nicht wenigen Gegner in einer Weise tun, die auch keineswegs rechtsextreme Mitglieder öffentlich an den Pranger stellt, ihre bürgerliche Existenz gefährdet und nicht zuletzt

das ganze Projekt einer Alternative für Deutschland in Verruf bringt?“

Inzwischen scheint der Landesverband aus der Sicht des Bundesvorstands ‚befriedet‘ zu sein. Hübner gehört dem Vorstand längst nicht mehr an. Ohne Einfluss ist er gleichwohl nicht. Seine Kommentare zu politischen Entwicklungen der AfD erscheinen auf der Internetseite der *Freien Wähler Frankfurt* und werden, zum Beispiel über *Politically Incorrect* oder per Facebook, weit verbreitet.

## Der Fall Thüringen

Ständige Auseinandersetzungen lähmten auch die AfD in Thüringen. Im Mittelpunkt der Differenzen stand mit Matthias Wohlfahrt einer der bisherigen Landessprecher. Parteiintern wurde ihm vorgeworfen er sei ein „völkisch-christlicher Missionar“, wie der Sprecher des AfD-Kreisverbandes Ilmkreis/Gotha, Rüdiger Schmitt, formulierte.<sup>123</sup> *Deutschlandradio Kultur* hatte ihn im März mit den Worten zitiert, die Abneigung gegenüber Ausländern sei „biologisch normal“.<sup>124</sup> Zu rassistischer Gewalt hatte er geäußert: „Wenn ich das sehe, wie ein Afrikaner an der Bushaltestelle von irgendwelchen ‚Rechten‘ zusammengeschlagen worden ist, sehe ich aber auch den Hintergrund: Ich sehe den Hintergrund, dass möglicherweise durch eine lasche Handhabung mit kriminell agierenden Einwanderern so eine Antistimmung gefördert wird, ja.“ Neben solchen Äußerungen wurde Wohlfahrt auch vorgehalten, er diffamiere unbequeme Mitglieder und grenze sie aus.<sup>125</sup>

Einen Parteitag am 1. Februar 2014 hatte Wohlfahrt im Amt überstanden, obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt massive Kritik an seiner Arbeit geübt wurde, während die Ko-Sprecherin Michaela Merz ihr Amt zur Verfügung stellte. Sie beklagte die parteiinternen Querelen: Der Landesverband laufe Gefahr, durch Grabenkämpfe Vertrauen zu verspielen.<sup>126</sup>

Für Aufsehen hatte Anfang April auch der Parteiaustritt von Sieghardt Rydzewski gesorgt. Der frühere Landrat des Altenburger Landes hatte dem Landesverband eine „diktatorische Führung“ und „sektenähnliche Strukturen“ vorgeworfen.<sup>127</sup>

Mitte Juni trat Wohlfahrt – gemeinsam mit dem kompletten Vorstand – zurück. Als neue Vorstandssprecher wurden Steffen Möller und Björn Höcke gewählt. Beraten wurde bei dem Parteitag am 14. Juni in Stadtroda auch über ein Wahlprogramm zur Landtagswahl. Die *Thüringer Allgemeine* wertete das Programm, dessen 33-seitiger Entwurf erst eineinhalb Tage zuvor an die rund 300 Mitglieder verschickt worden sei, als Teil der Strategie der AfD, bewusst Positionen zu besetzen, die CDU und CSU in den letzten Jahren verlassen hätten. Der Entwurf lese sich „wie der Kanon der alten Union“: „eine Art Retro-Union“.<sup>128</sup> Dabei belässt die AfD Thüringen es aber nicht. Wie die TA berichtet, werden im Programmentwurf z. B. Volksabstimmungen über die Frage, wie viele Ausländer ins Land gelassen werden, gefordert.

Bereits im vorigen Dezember hatte die Partei mit der Arbeit am Landtagswahlprogramm begonnen. Zum Auftakt der Programmdebatte hatte die Partei Professor Günter Scholdt zu einem programmatischen Referat eingeladen. Politisch ist Scholdt, ein Literaturwissenschaftler im Ruhestand, kein unbeschriebenes Blatt. In der *Edition Antaios*, einem Verlag der ‚Neuen Rechten‘, publizierte er zwei Bücher; seit Jahren schreibt er für das neu-rechte Blatt *Sezession*, die *Preußische Allgemeine Zeitung* (PAZ) oder die *Junge Freiheit* (JF). Beim neu-rechten *Institut für Staatspolitik* hielt er Vorträge, ebenso sprach er auf dem *Zwischentag*, einer kleinen Messe extrem rechter Verlage und Organisationen.<sup>129</sup> In seinem Vortrag „Der historische Auftrag der AfD aus der Sicht eines Konservativen“<sup>130</sup> vor der Thüringer AfD im Dezember 2013 beklagte Scholdt eine „Propagandakampagne“ gegen die Partei und einen „grassierenden Antigermanismus“, polemisierte gegen „Muster-Demokraten“ und



bekanntete sich trotzig zum „Rechts-Sein“. Er empfahl, „dem modernistischen Zeitgeist zu widerstehen und klassische konservative Tugenden zu pflegen“, „an gewachsenen Bindungen wie Familie, Heimat, Nation festzuhalten“, im Geiste von Thilo Sarrazin gegen „eine konzeptionslose Einwanderungspolitik“ Front zu machen und die „inakzeptable Schicht an Leistungsempfängern samt üppig ins Kraut schießende Sozialindustrie und Gesinnungsbürokratie als bedrohliche Zukunftshypothek“ abzulehnen. Zudem forderte er, „sich aus einer fremdbestimmten Haltung zur eigenen Geschichte zu lösen und Historiografie wieder einmal jenseits von aktuellen geschichtspolitischen Opportunitäten zu gestatten“.

Praktisch seit der Gründung des Landesverbandes herrscht Streit um Posten, Geld, mögliche Satzungsverstöße, die politische Orientierung – und um rechte ‚Personalien‘. Im April 2013 lud etwa der Rechtsaußenaktivist Paul Latussek zur Gründung des AfD-Verbandes Ilmkreis ein.<sup>131</sup> Nachdem die Presse über die Mitarbeit von Latussek in der AfD berichtete, distanzierte man sich von ihm. Die Gründung des Verbandes sei unabgesprochen erfolgt, hieß es vom Landesvorstand. Latussek, früher Funktionär beim *Bund der Vertriebenen*, hatte einst den Holocaust verharmlost, wurde wegen Volksverhetzung verurteilt und trat als Referent bei ultrarechten Organisationen auf. Mit David Köckert war sogar ein bekannter Neonazi Mitglied in der Thüringer AfD.<sup>132</sup> Während seiner Mitgliedschaft war er Ende 2013 Initiator mehrerer Demonstrationen gegen ein Wohnheim für Flüchtlinge in Greiz. Der MDR berichtete, dass die Thüringer Behörden ihn sogar „zum Umfeld des mittlerweile verbotenen militanten Neonazi-Netzwerks Blood & Honour“ zählten.<sup>133</sup> Zwar soll die AfD versucht haben, ihn auszuschließen – doch das gelang offenbar nicht. Am 20. Februar 2014 verließ Köckert die Partei und erklärte seinen Eintritt in die NPD. Ausschlaggebend für seinen Übertritt sei, so Köckert, dass die AfD in Thüringen zerstritten und nicht „politikfähig“ sei.<sup>134</sup> Björn Höcke, neben Wohlfahrt zweiter Vorsitzender der Thüringer AfD und

Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2014, hatte auf *Facebook* angeklickt, dass ihm die „Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein“ ‚gefällt‘, die in Leipzig mit antimuslimischen Parolen gegen den Bau einer Moschee agitierte. Außerdem ‚gefielen‘ ihm bei Facebook die „Geert Wilders Supporters Austria“, die für sich mit dem Slogan „Gegen die Islamisierung Europas!“ warben.<sup>135</sup>

Ein Programm zur Landtagswahl hat die Partei bisher nicht veröffentlicht. Allerdings publizierte der Landesverband am 21. Juni „10 Thesen für den Freistaat Thüringen“, aus der Feder ihres Landessprechers und Spitzenkandidaten Björn Höcke.<sup>136</sup> Gleich in der ersten These werden Elemente einer rechtspopulistischen Argumentationsweise aufgegriffen: die Klage über eine angeblich geforderte „politische Korrektheit“ und eine nicht oder nicht umfassend gewährleistete Meinungsfreiheit sowie die Unterstellung, der AfD stehe ein „Kartell“ der anderen Parteien gegenüber, die wichtige Diskussionen unterbinden. „Wie der Mehltau“ liege „die sogenannte politische Korrektheit“ auf dem Land, klagt Höcke. „Eine ergebnisoffene Erörterung zukunftsbedeutender Politikbereiche wie Einwanderung, Demographie und Währung wird vom Altparteienkartell unterbunden. Die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit muß verwirklicht werden.“ Die Kritik an den Parteien wird in der zweiten These noch einmal verschärft, wenn es dort heißt: „Der Staat wird zum Raub der Parteien, die ihren Machterhalt über alles stellen.“ Allgemein abwertend äußert sich Höcke über Politiker. In seiner dritten These klagt er, dass sich der „politische Sumpf in Thüringen“ immer weiter ausbreite: „In Jahrzehnten hat sich ein Berufspolitikertypus herausgebildet, dem das eigene Fortkommen und der persönliche Vorteil alles, der Dienst für unser Land nichts mehr bedeutet.“ Höcke fordert: „Die preußischen Tugenden – wie Pflichtgefühl, Redlichkeit, Fleiß, sachlicher Ehrgeiz und Gerechtigkeitssinn – müssen wieder zum selbstverständlichen Wertmaßstab werden“.

In der Folge widmet sich Höcke verschiedenen Politikbereichen. Zum Thema Ehe und Familie (These 4) heißt es unter anderem: „Schädliche, teure, steuerfinanzierte Gesellschaftsexperimente, die der Abschaffung der natürlichen Geschlechterordnung dienen (sog. gender mainstreaming), sind sofort zu beenden.“ Die „klassische Familie“ sei „wieder zum gesellschaftlichen Leitbild zu erheben“. In These 5 wird gefordert, „bildungspolitischen Firlefanzen“ zu beenden. Die Schulen in Thüringen müssten „Kenntnisse, Fähigkeiten, Fertigkeiten sowie übertragbare Einsichten vermitteln und nicht die Schüler durch Konfliktgeschwätz langweilen und in die Irre führen“. Landespolitisches Terrain verlässt der Autor in seiner siebten These, wenn es unter der Überschrift „Handwerk bewahren – Qualitätsstandards sichern“ im Kern um eine Kritik an Europäischer Union und der Freizügigkeit innerhalb der EU geht: „Der EU-Zentralismus mit seiner Regelungswut und seinen Freizügigkeitsregeln bedroht unsere weltweit einzigartige Handwerkskultur.“

Zur Schicksalswahl wird aus der Perspektive der AfD offenbar die Landtagswahl am 14. September. Dramatisierend heißt es in der zehnten und letzten These: „Die Zukunft Thüringens, Deutschlands und Europas steht auf dem Spiel.“ Geburtenarmut, Einwanderung, Staatsschulden- bzw. Währungskrise würden das Land vor „nie dagewesene Herausforderungen“ stellen. „Um das Volksvermögen, die Sozialversicherungssysteme, aber auch unsere staatlichen Integrität und Identität als Deutsche in einem friedlichen Europa zu sichern, ist ein echter Politikwechsel zwingend notwendig.“



## 4. Schlussbemerkungen

Die Europawahl 2014 hat durchaus besorgniserregende Zustimmungsraten für rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen veranschaulicht. Diese Erfolge sind nicht zuletzt auch auf demokratiepolitische Defizite im europäischen Einigungsprozess sowie auf die Defizite bei der Lösung der Euro-Krise zurückzuführen. Zugleich ist deutlich geworden, dass solche Wahlerfolge nicht automatisch die transnationale Bündnisfähigkeit dieser Parteien stärken. Entgegen vieler Befürchtungen vor der Wahl ist die angekündigte Fraktionsbildung rechtspopulistischer Parteien unter Federführung des französischen *Front National* (FN) und der niederländischen *Partei für die Freiheit* (PVV) vorerst gescheitert. Das rechtspopulistische und europafeindliche Spektrum ist nach wie vor zerstritten. Der EFD unter Federführung des UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage gelang hingegen eine erneute Fraktionsbildung. Die bisher von den britischen Tories dominierte nationalkonservative Fraktion der ECR öffnete sich gleichfalls dem Rechtspopulismus durch die Aufnahme der Parteien *Die wahren Finnen* und der *Dänischen Volkspartei*. Auch die eurokritische AfD schloss sich der ECR-Fraktion an. Der neu gewählte EU-Abgeordnete der *Wahren Finnen*, Jussi Hallaaho, bekundete in einem Interview mit der Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF): „Ich habe ein sehr positives Bild von der AfD. Ihre Position zur Entwicklung der EU und zur Einwanderung sind sehr nah bei den Einstellungen der Wahren Finnen.“ Laut JF positioniert sich der EU-Abgeordnete zugleich im rechtspopulistischen Jargon gegen den „Brüsseler Kraken“. Zudem zitiert ihn die Zeitung mit dem Ausspruch: „Grünen-Politikerinnen müssen wohl erst von moslemischen Einwanderern vergewaltigt werden,

damit sie zur Vernunft kommen.“<sup>137</sup> Solche Positionierungen zeigen, dass sich der politische Einflussbereich des euro-pafeindlichen Rechtspopulismus nicht auf die EFD-Fraktion beschränkt, sondern zugleich auch in der sich nach rechts-außen geöffneten ECR-Fraktion an Einfluss gewinnt.

Die AfD kann hinsichtlich ihrer in dieser Studie aufgezeigten politischen Positionierungen als eine Partei rechts der CDU/CSU und der FDP stehend eingeordnet werden, die sowohl nationalliberale und nationalkonservative wie auch rechtspopulistische Tendenzen aufweist. Deutliche Ähnlichkeiten hinsichtlich ihrer Ausrichtung weist die AfD zum früher existenten rechtspopulistischen *Bund freier Bürger* auf, Überläufer hat die AfD aus der rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* zu verzeichnen. Zugleich stellt sie für Parteien wie die *Republikaner* oder *pro NRW/pro Deutschland* eine Konkurrenz bei Wahlen dar. Besonders in Ostdeutschland sind seitens der NPD Befürchtungen wahrnehmbar, durch die Existenz der AfD auf ein kleines neonazistisches Kernmilieu zurückgeworfen zu werden. Inhaltlich bestehen Überschneidungen zwischen allen genannten Parteien hinsichtlich der Euro- und EU-feindliche Ausrichtung mit nationalistischer Grundierung. Zudem hat die Existenz der AfD zu Übertritten von früheren Mitgliedern aus Parteien des rechten Randes geführt. Ebenso ist in der vorliegenden Studie nachlesbar, dass auch aus dem AfD-Umfeld Zustimmungen zu Positionierungen des rechten Randes deutlich wahrnehmbar sind und der Austausch mit neurechten Kreisen gesucht wird. Das Jahr 2014 ist für die AfD von entscheidender Bedeutung: Sollte ihr bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg nicht der Einzug in ein deutsches Länderparlament gelingen, dürfte ihre Aussicht auf politische Konsolidierung gering sein. Die Frage, ob sich durch die AfD die in der Studie beschriebene rechtspopulistische Lücke füllen wird, hängt von der weiteren programmatischen, inhaltlichen und personellen Weiterentwicklung der neuen Partei auf Landes-, Bundes- sowie auf der europäischen Ebene ab.

## 5. Literatur

(Quellenangaben von direkten Zitaten im Text sind in den Fußnoten verzeichnet. Das folgend alphabetisch aufgelistete Literaturverzeichnis beschränkt sich auf die verwendete Buchliteratur. Verwendete und in den Fußnoten belegte Zeitschriftenquellen sind hierbei nicht noch einmal extra aufgeführt worden.)

- Ahlheim, Klaus (2011): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover
- Bandulet, Bruno/Hankel, Wilhelm/Ramp, Bernd-Thomas/Schachtschneider, Karl Albrecht/Ulfkotte, Udo (2012): Gebt uns unsere D-Mark zurück! Rottenburg
- Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2013): „Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren“. Die Anti-Euro-Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? Hamburg
- Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, Kurzfassung, online unter: [https://www.otto-brenner-stiftung.de/.../2014\\_03\\_31\\_AfD\\_Papier.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/.../2014_03_31_AfD_Papier.pdf)
- Carini, Marco/Speit, Andreas (2002): Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg
- Cuperus, Rene (2011): Der populistische Dambruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Wielenga, Frieso/Hartleb, Florian (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster, S. 163–178

- Dirsch, Felix (2012): Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens, Münster
- Eichberg, Henning (1978): Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft. München/Wien
- Frölich-Steffen, Susanne (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, in: Frank Decker (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 144–164
- Gärtner, Reinhold: Politik der Feindbilder. Rechtspopulismus auf dem Vormarsch, Wien 2009
- Gauland, Alexander (2002): Anleitung zum Konservativsein, Stuttgart/München
- Grewe, Hartmut (1994): Der „Bund freier Bürger“, Sankt Augustin
- Häusler, Alexander (2008) (Hrsg.): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden
- Häusler, Alexander (2013): Europas Rechte Ränder. In: Le Monde diplomatique (Hg.): Atlas der Globalisierung. Die Welt von morgen. Berlin
- Häusler, Alexander (2013a): Antimuslimischer Rechtspopulismus – ein Markenzeichen der modernisierten extremen Rechten in Europa, in: Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln
- Häusler, Alexander u.a. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Hintergründe zur vertiefenden Auseinandersetzung, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Download unter: <https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen>



- Hankel, Wilhelm/Nölling, Wilhelm/ Schachtschneider, Karl Albrecht/Starbatty, Joachim (1998): Die Euro-Klage. Warum die Währungsunion scheitern muß, Hamburg
- Hankel, Wilhelm/Nölling, Wilhelm/ Schachtschneider, Karl Albrecht/Spethmann, Dieter/Starbatty, Joachim (2011): Das Euro-Abenteuer geht zu Ende. Wie die Währungsunion unsere Lebensgrundlagen zerstört, Rottenburg
- Hanke, Wilhelm (2013): Die Euro-Bombe wird entschärft, Wien
- Hartleb, Florian (2013a): Schill-Partei, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 381–387
- Hartleb, Florian (2013b): Bürger in Wut (BIW), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 189–193
- Hartleb, Florian (2013c): Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der Deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 200–203
- Henkel, Hans-Olaf (2013): Die Euro-Lügner. Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken – so werden wir getäuscht, München
- Ivaldi, Gilles/ Swyngedouw, Marc (2006): Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok, in: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 121–143
- Janssen, Thilo (2013): Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Kailitz, Steffen: Die Republikaner (REP) (2013), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden

- Kellershohn, Helmut (Hg.) (2013): Die deutsche Stimme der Jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus in Publikationen der extremen Rechten, Münster
- Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster
- Koop, Andreas/ Marcks, Holger/ Marsovszky, Magdalena (2013): Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn, Münster
- Korsch, Felix (2014): Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“, herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung, online unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls.../Analysen\\_National-konservativ.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls.../Analysen_National-konservativ.pdf)
- Langebach, Martin/ Raabe, Jan (2011): Die Genese einer extrem rechten Jugendkultur, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus im Wandel, Wiesbaden, S. 36–53
- Martino, Susanne (1992): Die ‚Neue Rechte‘ in der ‚Grauzone‘ zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus, Frankfurt a.M.
- Melzer, Ralf/Serafin, Sebastian (2013) (Hrsg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiigsarbeit, Berlin
- Menzel, Felix/Stein, Philip (2014): Junges Europa. Szenarien des Umbruchs, Chemnitz
- Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2012): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2012
- Mudde, Cas (2007): Populist radical right parties in Europe, Cambridge
- Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden, S. 19–36

- Priester, Karin (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt am Main
- Pfahl-Traughber, Armin (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn
- PROKLA 168 (2012): Die EU und der Euro in der Krise, Münster
- Reinfeld, Sebastian (2013): „Wir für Euch“. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster
- Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum, Wiesbaden
- Schachtschneider, Karl Albrecht (2012): Die Souveränität Deutschlands. Souverän ist, wer frei ist, Rottenburg
- Schachtschneider, Karl Albrecht (2011): Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik. Ein Staatsstreich der politischen Klasse, Rottenburg
- Schedler, Jan (2011): Modernisierte Antimoderne: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990–2010, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus im Wandel, Wiesbaden, S. 17–35
- Schomers, Michael (1990): Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR, Köln
- Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenberg, Stephanie/Bachmann, Günther/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München
- Sarrazin, Thilo (2012): Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschdenken in die Krise geführt hat, München
- Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, München

- Starbatty, Joachim ((2013): Tatort Euro. Bürger, schützt das Recht, die Demokratie und euer Vermögen, Wien/Berlin/München
- Steglich, Henrik (2010): Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel (3. aktualisierte Auflage, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung), Berlin
- Virchow, Fabian/ Dornbusch, Christian (2008) (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach/Ts
- Wamper, Regina/Jadtschenko, Ekaterina/Jacobsen, Marc (Hg.) (2013): „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“. Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Münster

# Anmerkungen

- 1 Vgl. die Langzeitstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung („Deutsche Zustände“) sowie die Studien von Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. (Texthinweise unter [www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout\\_Fassung\\_Montag\\_1212.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf) sowie unter [www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/studien\\_Gutachten.php](http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/inhalte/studien_Gutachten.php), abgerufen am 20.03.2014)
- 2 Vgl. Seils, Christoph: Deutschland ist reif für den Rechtspopulismus, in: Cicero v. 2.07.2012, online unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/deutschland-ist-reif-fuer-den-rechtspopulismus/49891>, abgerufen am 20.06.2014
- 3 Vgl. Bebnowski, David/Förster, Lisa Julika (2014): Wettbewerbspopulismus. Die Alternative für Deutschland und die Rolle der Ökonomen, Kurzfassung, online unter: [https://www.otto-brenner-stiftung.de/.../2014\\_03\\_31\\_AfD\\_Papier.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/.../2014_03_31_AfD_Papier.pdf); Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster; Korsch, Felix (2014): Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“, herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung, online unter: [www.rosalux.de/fileadmin/rls.../Analysen\\_National-konservativ.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls.../Analysen_National-konservativ.pdf); Häusler, Alexander u.a. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Hintergründe zur vertiefenden Auseinandersetzung, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Download unter: <https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen>, abgerufen am 20.06.2014
- 4 Vgl. Häusler, Alexander (2012): Europas rechte Ränder, in: Atlas der Globalisierung, S. 64-69; Häusler, Alexander (2013a): Antimuslimischer Rechtspopulismus – ein Markenzeichen der modernisierten extremen Rechten in Europa, in: Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen

Neoliberalismus und Rassismus, Köln; Häusler, Alexander u.a. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Hintergründe zur vertiefenden Auseinandersetzung, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Download unter: <https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen> ; Häusler, Alexander u.a. (2014): „Mut zur Wahrheit“? Entstehungskontext, Entwicklung und gesellschaftspolitische Positionen der „Alternative für Deutschland“. Hintergrundinformationen und Analysen, Expertise im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes / Bundesvorstand (intern)

- 5 Vgl. Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Berlin, S. 14f.; Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin S. 18
- 6 Vgl. Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin: Die extreme Rechte. Einleitende Bemerkungen, in: dies. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 9; Hafenecker, Benno/Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für die kommunale und lokale Demokratie, Berlin 2007, S. 15f.; Botsch, Gideon (2012): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt
- 7 Niedermayer, Oskar (2004): Wahlerfolge ethnozentristischer Parteien in Deutschland. In: Braun, Stephan/Hörsch, Daniel: Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden, S. 58
- 8 Steglich, Henrik (2010): Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen, S. 88
- 9 Im folgenden Abschnitt wird inhaltlich in wesentlichen Teilen auf folgenden Beitrag zurückgegriffen: Häusler, Alexander (2012): Selektive Inanspruchnahme des Demokratischen: Rechtspopulistische Politik der Feindbilder im Namen der Meinungsfreiheit, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander (Hrsg.): Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden, S. 131-140
- 10 Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 20.

- 11 Camus, Jean-Yves (2011): Neue Aspekte der radikalen Rechten. In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. Nr. 8, S. 94.
- 12 Wilders, Geert: Rede in Berlin im September 2011, online unter: <http://www.diefreiheit.org/rede-von-geert-wilders-am-3-september-2011-in-berlin/> (Zugriff: 24.02.2012).
- 13 Eichberg, Henning (1978): Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft. München/Wien, S. 126.
- 14 Cuperus, Rene (2011): Der populistische Dammbbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Wielenga, Frieso/ Hartleb, Florian (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster: Waxmann, S. 163-178; Frölich-Steffen, Susanne (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, in: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 144-164; Ivaldi, Gilles/ Swyngedouw, Marc (2006): Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok, in: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden, S. 121-143; Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum, Wiesbaden
- 15 Wamper, Regina/Jadtschenko, Ekaterina/Jacobsen, Marc (Hg.) (2013): „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“ Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Münster
- 16 Häusler, Alexander/ Virchow, Fabian (2011): Breiviks profane Analysen, in: Zeit online v. 26.07.2011, online verfügbar: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-07/norwegen-manifest-breivik>, Zugriff: 12.02.2014
- 17 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/interaktive-karte-rechtspopulisten-und-rechtsextreme-in-europa-a-932226.html> , [http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtspopulismus#Rechtspopulismus\\_in\\_Europa](http://de.wikipedia.org/wiki/Rechtspopulismus#Rechtspopulismus_in_Europa), [http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus\\_01.pdf](http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus_01.pdf)
- 18 [http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus\\_01.pdf](http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus_01.pdf)
- 19 [http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus\\_01.pdf](http://www.politikberatung.or.at/uploads/media/Rechtspopulismus_01.pdf)

- 20 Vgl. AfD will Zuwanderungs-Kontrolle nach Schweizer Vorbild, in: Tagesspiegel v. 10.02.2014, online unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/referendum-in-der-schweiz-afd-will-zuwanderungs-kontrolle-nach-schweizer-vorbild/9458066.html>, abgerufen am 20.04.2014
- 21 Der Rechtspopulismusforscher Sebastian Reinfeld hat am Beispiel von Beiträgen des Erfolgsbuchautors Thilo Sarrazin die populistische Inanspruchnahme des Begriffs Südländer analysiert. (Vgl. das Kap. Europäische Geopolitik à la Sarrazin: Nordländer versus Südländer, in: Reinfeldt, Sebastian (2013): Wir für euch. Die Wirksamkeit des Rechtspopulismus in Zeiten der Krise, Münster, S. 96-103
- 22 Sarrazin-Debatte: Umfrage sieht großes Potential für Protestpartei, Spiegel online v. 05.09.2010, online unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sarrazin-debatte-umfrage-sieht-grosses-potential-fuer-protestpartei-a-715751.html>, abgerufen am 12.06.2014
- 23 Vgl. Ahlheim, Klaus (2011): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover
- 24 Henkel, Laudatio, 6. November 2012. <https://www.facebook.com/hansolafhenkel/posts/498026440229101>, abgerufen am 04.07.2013.
- 25 Henkel trocken, 13.08.2012. <http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/henkel-trocken-god-save-europe-not-the-euro/6993876.html>, abgerufen am 10.08.2013.
- 26 Brückner, Thorsten: „Crazy-Horst“ und das „Pin-up Girl für enttäuschte Konservative“, in Junge Freiheit v. 05.03.2014, unter: <http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2014/crazy-horst-und-das-pin-up-girl-fuer-enttaeuschte-konservative/>, abgerufen am 06.03.2014
- 27 Lucke, Bernd: Interview in: Compact 9/2013, unter: <http://juergenelsaesser.wordpress.com/2013/09/05/compact-interview-mit-bernd-lucke/#more-5822>, abgerufen am 12.12.2013.
- 28 Adam, Konrad: Rede im Wortlaut. <http://afd-opf.de/konrad-adam-auf-dem-gruendungsparteitag-in-berlin/>, abgerufen am 05.08.2013.
- 29 Vgl. [www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso\\_vwl\\_iwk/paper/appell.pdf](http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf), abgerufen am 12.06.2014



- 30 Im Verfassungsschutzbericht 1999 wurden dem BFB „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ bescheinigt. (Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999 (2000), Paderborn, S. 92)
- 31 Vgl. Grewe, Hartmut (1994): Der „Bund freier Bürger“, Sankt Augustin
- 32 BFB-Wahlplakat, unter: <http://unimut.fsk.uni-heidelberg.de/unimut/images/wahlkrampf98/wahlkrampf28.jpg>, abgerufen am 20.12.2013.
- 33 Vgl. Häusler, Alexander u.a. (2013): Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Hintergründe zur vertiefenden Auseinandersetzung, Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Download unter: <https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistisched-tendenzen>, abgerufen am 12.06.2014
- 34 Karl-Rudolf Korte: Alternative für Deutschland (AfD). Parteiprofil, unter: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180972/afd>, abgerufen am 20.05.2014
- 35 Bender, Justus: AfD sieht sich diskriminiert, in FAZ v. 06.05.2014, online unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/europawahl-afd-sieht-sich-diskriminiert-12926317.html>, abgerufen am 20.05.2014
- 36 Adam, Konrad: Moderne Pharisäer, in: Junge Freiheit v. 26.09.2013
- 37 [http://afdsachsen.de/download/AfD\\_Programm\\_Lang.pdf](http://afdsachsen.de/download/AfD_Programm_Lang.pdf), abgerufen am 20.06.2014
- 38 Lucke, Albrecht von (2013): Heilsame Verwirrung? Der Euro, die Linke und die AfD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2013, S. 5-8
- 39 So etwa mit der Parole auf Wahlkampfplakaten „Wir sind nicht das Weltsozialamt“.
- 40 S. AfD-Wahlprogramm unter <https://www.alternativefuer.de/partei/wahlprogramm/>, abgerufen am 05.01.2014
- 41 So laut dem AfD-Bundestagswahlprogramm, online unter: <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/programmatik/>, abgerufen am 20.06.2014
- 42 Henkel, Hans-Olaf, unter: <https://www.alternativefuer.de/unser-kandidaten-fuer-europa/>, abgerufen am 04.01.2014

- 43 Henkel, Hans-Olaf: USE=EUDSSR, in: Handelsblatt v. 03.10.2011.
- 44 Vgl. Posener, Alan: Gegen Eurabien und die EUdSSR, in: Die Welt v. 05.09.2011, online unter: [http://www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article13584735/Gegen-Eurabien-und-die-EUdSSR.html](http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13584735/Gegen-Eurabien-und-die-EUdSSR.html), abgerufen am 20.03.2014
- 45 Jongen, Marc: Das Märchen vom Gespenst der AfD, in: Cicero v. 22.01.2014, unter: <http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative-fuer-europa/56894>, abgerufen am 01.02.2014.
- 46 Vgl. <http://www.bpb.de/apuz/31674/einwanderungsland-kanada-ein-vorbild-fuer-deutschland?p=all>, abgerufen am 12.08.2013
- 47 Schneider, Jens: AfD-Chef warnt vor „sozialem Bodensatz“, in: Süddeutsche Zeitung v. 13.09.2013.
- 48 Euro-Rebell Lucke klagt Brüssel an: EU ruiniert deutschen Sozialstaat, in: Focus v. 12.01.2014, unter: [http://www.focus.de/politik/deutschland/landesparteitag-afd-hessen-vorsitzender-lucke-gegen-hartz-iv-arbeitslose-einwanderer-bruessel-ruiniert-deutschland-sozialstaat-2\\_id\\_3532695.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/landesparteitag-afd-hessen-vorsitzender-lucke-gegen-hartz-iv-arbeitslose-einwanderer-bruessel-ruiniert-deutschland-sozialstaat-2_id_3532695.html), abgerufen am 20.02.2014.
- 49 Reaktionen auf Volksabstimmung zur Einwanderung, unter <http://www.rp-online.de/politik/ausland/schweiz-volksabstimmung-gegen-masseneinwanderung-aid-1.4024114>, abgerufen am 12.03.2014.
- 50 <http://afdsachsen.de/index.php?ct=wahlprogramm> , abgerufen am 12.06.2014
- 51 Ebd.
- 52 <http://afdsachsen.de/index.php?ct=kreis&kreis=leipzig#>, abgerufen am 12.03.2014
- 53 Gründungserklärung der Patriotischen Plattform, unter: <http://www.patriotische-plattform.de/>, abgerufen am 12.03.2014
- 54 Tillschneider, Hans-Thomas: AfD – kein Grund zum Verzweifeln! Unter: <http://www.patriotische-plattform.de/afd-kein-grund-zum-verzweifeln/>, abgerufen am 20.02.2014
- 55 Storch, Beatrix von, unter <https://www.alternativefuer.de/unser-kandidaten-fuer-europa/>, abgerufen am 1.03.2014
- 56 Behrens, Bastian: „Mit Freunden feiern“. 14. Sommerfest der Freunde der JF, in: Junge Freiheit v. 20.06.2014

- 57 Analysen Wählerwanderung. <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml> , abgerufen am 02.10.2013.
- 58 Günther Lachmann: AfD-Anhänger aus dem Milieu der Schönhuber-Wähler, 18.09.2013.  
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html> , abgerufen am 02.10.2013.
- 59 Wer hat die Alternative für Deutschland gewählt? 23.09.2013.  
<http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/werhat-die-alternative-fuer-deutschland-gewaeht-008043> , abgerufen am 02.10.2013
- 60 Ebd.
- 61 Wer wählte was warum? <http://www.tagesschau.de/wahl/wahl-analyse124.html> , abgerufen am 02.10.2013
- 62 [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_14/ergebnisse/bundesergebnisse/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/bundesergebnisse/), abgerufen 29.5.2014
- 63 [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_14/ergebnisse/landesergebnisse/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/landesergebnisse/index.html), abgerufen 29.5.2014
- 64 <http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Europawahl/> , abgerufen 31.5.2014
- 65 <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/analyse-wanderung.shtml> , abgerufen 31.5.2014
- 66 <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/aktuelle-themen.shtml> , abgerufen 3.6.2014
- 67 <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/wahlentscheidende-themen.shtml> , abgerufen 3.6.2014
- 68 wie 11
- 69 <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/afd-im-europaparlament.shtml> , abgerufen 3.6.2014
- 70 <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/ansichten-eu.shtml> , abgerufen 3.6.2014
- 71 <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/wer-waehlte-was.shtml> , abgerufen 3.6.2014
- 72 <http://www.stern.de/politik/deutschland/forsa-analyse-wer-die-afd-waehrt-2115316.html> , abgerufen 4.6.2014

- 73 Vgl. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2014/180972/afd> abgerufen am 20.06.2014
- 74 Politically Incorrect: DIE FREIHEIT stellt bundes- und landespolitische Vorhaben zugunsten der AfD ein (30.9.2013) <http://www.pi-news.net/2013/09/die-freiheit-stellt-bundes-und-landespolitische-vorhaben-zugunsten-der-afd-ein/> , zuletzt abgerufen 7.3.2014
- 75 Leber, Fabian: Alternative für Deutschland und „die Freiheit“ – Islamkritiker empfehlen jetzt die AfD, in: Der Tagesspiegel, 1.10.2013, <http://www.tagesspiegel.de/politik/alternative-fuer-deutschland-und-die-freiheit-islamkritiker-empfehlen-jetzt-die-afd/8874608.html> , abgerufen 15.6.2014
- 76 NPD-Mann geht zur CDU, wollte aber ursprünglich zur AfD, in: International Business Times v. 01.03.2014, unter: <http://de.ibtimes.com/articles/26794/20140301/npd-mann-geht-zur-cdu-wollte-aber-urspr-nglich-zur-afd.htm>, abgerufen am 04.03.2014
- 77 Sieber, Roland: AfD: Professorenpartei als rechtspopulistische Sammelbewegung? 19.03.2013. <http://www.publikative.org/2013/03/19/afd-professorenpartei-als-rechtspopulistische-sammelbewegung/>, abgerufen am 30.08.2013.
- 78 Hamburger Mitglied tritt aus „Alternative“ aus, 06.05.2013. <http://www.abendblatt.de/hamburg/article115943067/Hamburger-Mitglied-tritt-aus-Alternative-aus.html>, abgerufen am 30.08.2013
- 79 Krebs, Felix: Alternative für Deutschland: Auf Stimmenfang ganz rechts, 15.08.2013. <http://www.publikative.org/2013/08/15/alternative-fuer-deutschland-auf-stimmenfang-ganz-rechts/>, abgerufen am 30.08.2013
- 80 Speit, Andreas: Wie rechts sind die Eurogegner? (13.08.2013) <http://www.taz.de/!121788/>, abgerufen am 30.08.2013
- 81 Suss, Sonja: Gottinger Wirrwarr, 24.08.2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-goettinger-wirrwarr-12545574.html>, abgerufen am 30.08.2013
- 82 <http://www.afd-goettingen.de/home/>, abgerufen am 30.08.2013
- 83 Heitmann, Jan: Beschlüsse, Entschlossenheit und eine Ehrung, Preußische Allgemeine Zeitung 45/2012 vom 10.11.2012

- 84 Kuessner, Andreas: Mehr Patriotismus wagen – ein Diskussionsbeitrag aus Mecklenburg-Vorpommern, 15.11.2011. <http://diefreiheit.org/home/2011/11/mehr-patriotismus-wagen-ein-diskussionsbeitrag-aus-mecklenburg-vorpommern/>, abgerufen am 30.08.2013
- 85 Neuerer, Dietmar: Konservativ, liberal, rechts – wohin steuert die AfD? 28.06.2013. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/euro-kritiker-konservativ-liberal-rechts-wohin-steuert-die-afd-seite-all/8419392-all.html>, abgerufen am 30.08.2013
- 86 Vgl. Kellershohn, Helmut (Hg.) (2013): Die Deutsche Stimme der Jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten, Münster
- 87 Stein, Dieter: Alternative für Deutschland. Bürger auf den Barrikaden, in: JF vom 13. April 2013
- 88 Stein, Dieter: Sprung nach Brüssel - Die Europawahl wird für die Alternative für Deutschland zur Schicksalsentscheidung, in JF 5/14 vom 24. Januar 2014
- 89 Junge Freiheit: AfD-Funktionäre loten Zusammenarbeit mit Nigel Farage aus (8.11.2013) <http://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2013/afd-funktionaere-loten-zusammenarbeit-mit-nigel-farage-aus/>, abgerufen 9.11.2013
- 90 Weiterer Rücktritt im AfD-Vorstand. Stadtrat Ziems beklagt „SED-Seilschaften“, in: Freie Presse v. 08.02.2014, unter <http://www.freiepresse.de/LOKALES/CHEMNITZ/Weiterer-Ruecktritt-im-AfD-Vorstand-artikel8700596.php>, abgerufen am 12.03.2014
- 91 Lasch, Hendrik: Tummelplatz für Populisten: AfD fischt in Sachsen auch am rechten Rand, in: Neues Deutschland v. 24.01.2014
- 92 AfD Bayern: Mitgliederbefragung Europawahl 2014 – Teilauswertung I <http://www.afdbayern.de/aktuelles/mitgliederbefragung/mitgliederbefragung-europawahl-2014-1-teilauswertung/>, abgerufen am 23.1.2014
- AFD Bayern: Mitgliederbefragung Europawahl 2014 – Teilauswertung II <http://www.afdbayern.de/aktuelles/mitgliederbefragung/mitgliederbefragung-europawahl-2014-teilauswertung-2/>, abgerufen am 23.1.2014

- AfD Bayern: Gesamtauswertung – grafische Darstellung <http://www.afdbayern.de/gesamtauswertung-grafische-darstellung/>, abgerufen am 23.1.2014
- 93 eigentümlich frei: AfD-Programm: „Die Mitglieder wollen klare Kante!“ - Interview mit Petr Bystron (23.1.2014), <http://ef-magazin.de/2014/01/23/4876-afd-programm-die-mitglieder-wollen-klare-kante>, abgerufen am 6.3.2014
- 94 Politically Incorrect: AfD-Mitglieder wollen islamkritischen Kurs (22.1.2014), <http://www.pi-news.net/2014/01/afd-mitglieder-wollen-islam-kritischen-kurs/>, abgerufen am 6.3.2014
- 95 Endstation Rechts: AfD steuert in islamfeindliches Fahrwasser (23.1.2014) <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/sonstige-1/artikel/afd-steuert-in-islamfeindliches-fahrwasser.html>, abgerufen am 8.3.2014
- 96 AfD Brandenburg (2014): Wahlprogramm für Dahme-Spreewald <http://www.afd-brandenburg.net/?p=688>, abgerufen am 2.4.2014
- 97 Dilger, Alexander: Disziplinlosigkeit führt zu Misserfolgen (26.1.2014) <http://alexanderdilger.wordpress.com/2014/01/26/disziplinlosigkeit-fuhrt-zu-misserfolgen/>, abgerufen 7.3.2014
- 98 WDR (Martin Teigeler): Streit in der Anti-Euro-Partei: Wohin driftet die AfD in NRW? (25.1.2014) <http://www1.wdr.de/themen/politik/afdnrw100.html>, abgerufen am 7.3.2014
- 99 Dilger, Alexander: Disziplinlosigkeit führt zu Misserfolgen (26.1.2014) <http://alexanderdilger.wordpress.com/2014/01/26/disziplinlosigkeit-fuhrt-zu-misserfolgen/>, abgerufen am 7.3.2014
- 100 Behrendt, Hermann: Die mandative Demokratie. Eine Realutopie, Korschbroich 2012
- 101 Behrendt, Hermann: Die mandative Demokratie. Eine Realutopie, [http://mandative-demokratie.de/files/die\\_mandative\\_demokratie.pdf](http://mandative-demokratie.de/files/die_mandative_demokratie.pdf), S. 279ff
- 102 Hundseder, Franziska: Rechte machen Kasse, München 1995
- 103 Frigelj, Kristian: Geburtswehen einer neuen Partei, in: Welt am Sonntag, 9.6.2013, <http://www.welt.de/print/wams/nrw/article116950965/Geburtswehen-einer-neuen-Partei.html>, abgerufen am 19.2.2014

- 104 Blick nach rechts: Rechtslastiges Sammelbecken AfD, 6.5.2014, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechtslastiges-sammelbecken-afd> , abgerufen 15.6.2014
- 105 Alternative für Deutschland, Landesverband NRW: Marcus Pretzell ist neuer Landessprecher der NRW-AfD, 8.6.2014, <http://www.nrw-alternativefuer.de/marcus-pretzell-ist-neuer-landessprecher-der-nrw-afd/> , abgerufen 14.6.2014
- 106 Leister, Annika: Alternative für Deutschland – Ärger in der AfD, in: Frankfurter Rundschau, 29.3.2014, <http://www.fr-online.de/politik/afd-alternative-fuer-deutschland-aerger-in-der-afd,1472596,26694304.html> , abgerufen 14.6.2014
- 107 Alternative für Deutschland, Landesverband NRW: NRW-Spitzenkandidat Marcus Pretzell zieht in den Bundesvorstand ein, 25.3.2014, <http://www.nrw-alternativefuer.de/nrw-europakandidat-marcus-pretzell-zieht-in-den-afd-bundesvorstand-ein/>, abgerufen 14.6.2014
- 108 Junge Alternative NRW: Pressemitteilung: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorne!“ Die Junge Alternative ist jetzt offizielle Jugendorganisation der AfD NRW <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=456636701148009&set=a.313807565430924.1073741828.298509536960727&type=1> , abgerufen 14.6.2014
- 109 Junge Alternative: Programmatik, <http://www.jungealternative.com/info/programmatik/> , 14.6.2014
- 110 Frankfurter Allgemeine Zeitung (Justus Bender): „Alternative für Deutschland“ - Putschversuche bei der AfD (30.11.2013) <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alternative-fuer-deutschland-putschversuche-bei-der-afd-12687593.html>, abgerufen am 8.3.2014
- Frankfurter Rundschau (Carsten Meyer und Joachim F.Tornau): Hessen AfD: Ringen um den rechten Kurs (5.12.2013) <http://www.fr-online.de/rhein-main/hessen-afd-ringen-um-den-rechten-kurs,1472796,25532664.html>, abgerufen am 8.3.2014
- 111 Neurad, Stefan: Englisch für Deutsche, Jungle World 2/2002 vom 02.01.2002
- 112 Alternative für Deutschland: Eine Partei zwischen Karrieristen-Truppe und Hoffnungsschimmer, 18.05.2013. <http://www.zuerst.de/2013/05/18/alternative-fur-deutschland-eine-partei-zwischen-karrieristen-truppe-und-hoffnungsschimmer/>, abgerufen am 30.08.2013

- 113 Hübner, Wolfgang: Die „NSU“-Morde werden politisch instrumentalisiert! 05.11.2012. <http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=408>, abgerufen am 30.08.2013
- 114 Göpfert, Claus-Jürgen: Auf dem Trittbrett, Frankfurter Rundschau vom 07.05.2013
- 115 Die „Alternative für Deutschland“ – Interview mit Wolfgang Hübner, 25.04.2013. <http://www.sezession.de/38364/die-alternative-fur-deutschland-interview-mit-wolfgang-hubner.html>, abgerufen am 30.08.2013
- 116 Politically Incorrect: Wolfgang Hübner: AfD – Freiheitliche Neue Volkspartei oder FDP 2.0 ohne Euro? (2.10.2013) <http://www.pi-news.net/2013/10/wolfgang-hubner-afd-freiheitliche-neue-volkspartei-oder-fdp-2-0-ohne-euro/>, abgerufen am 8.3.2014
- 117 echo-online: Neuer Ärger im Landesvorstand der AfD (8.11.2013) <http://www.echo-online.de/nachrichten/landespolitik/Neuer-Aerger-im-Landesvorstand-der-AfD;art175,4448828>, abgerufen am 8.3.2014
- 118 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Eklat beim Parteitag AfD in Hessen hat keinen Vorstand mehr (24.11.2013) <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/eklat-beim-parteitag-afd-in-hessen-hat-keinen-vorstand-mehr-12679118.html>, abgerufen am 8.3.2014.  
und  
Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hessen AfD-Parteitag endet im Streit (24.11.2013) <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hessen-afd-parteitag-endet-im-streit-12679077.html>, abgerufen am 8.3.2014
- 119 Frankfurter Allgemeine Zeitung (Jens Joachim): Europawahl im Visier - Neuer AfD-Chef wendet sich gegen „Sozialschmarotzer“ (24.11.2013) <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/europawahl-im-visier-neuer-afd-chef-wendet-sich-gegen-sozialschmarotzer-12714676.html>, abgerufen am 8.3.2014
- 120 Frankfurter Rundschau (Joachim F. Tornau und Carsten Meyer): Alternative für Deutschland: Richtungsstreit bei AfD eskaliert (20.12.2013) <http://www.fr-online.de/landtagswahl-in-hessen---hintergrund/alternative-fuer-deutschland-richtungsstreit-bei-afd-eskaliert,23897238,25676910.html>, abgerufen am 8.3.2014



- 121 Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hessischer Landesverband AfD-Vorstand des Amtes enthoben (19.12.2013) <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hessischer-landesverband-afd-vorstand-des-amtes-enthoben-12719304.html>, abgerufen am 8.3.2014
- 122 Freie Wähler Frankfurt: Die AfD am Jahresende: Leider keine Alternative - Zu wenig Politik, zu viel Gezänk und Intrige (30.12.2013) <http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=619>, abgerufen am 26.1.2014
- 123 Machtkampf in der Thüringer AfD, in: Osterländer Volkszeitung, 28.01.2014
- 124 Deutschlandradio Kultur (Henry Bernhard): Fundamentalistisch und national – AfD in Thüringen schürt Vorurteile und Intoleranz gegenüber Fremden, 13.3.2014, [http://www.deutschlandradiokultur.de/wahlkampf-fundamentalistisch-und-national.1001.de.html?dram:article\\_id=280051](http://www.deutschlandradiokultur.de/wahlkampf-fundamentalistisch-und-national.1001.de.html?dram:article_id=280051) , abgerufen 14.6.2014
- 125 MDR: Thüringer AfD mit neuer Spitze in den Wahlkampf, 14.6.2014, <http://www.mdr.de/thueringen/afd-thueringen100.html> , abgerufen 14.6.
- 126 MDR: Führungskrise bei der Thüringer AfD, 2.2.2014, [http://www.mdr.de/thueringen/afd\\_thueringen\\_parteitag\\_arnstadt100.html](http://www.mdr.de/thueringen/afd_thueringen_parteitag_arnstadt100.html) , abgerufen 14.6.
- 127 MDR: Rydzewski tritt bei der AfD aus, 3.4.2014, [http://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/afd\\_rydzewski100.html](http://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/afd_rydzewski100.html) , abgerufen 14.6.2014
- 128 Thüringer Allgemeine: AfD stellt sich für Landtagswahl in Thüringen auf und gibt dabei die Retro-CDU, 14.6.2014, <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Gegen-Minderheiten-und-fuer-ein-Leitbild-AfD-in-Thueringen-gibt-die-Retro-CDU-57195886> , abgerufen 14.6.2014
- 129 Vgl. dazu das Publikations- und Vortragsverzeichnis von Günter Scholdt ([www.scholdt.de](http://www.scholdt.de)), abgerufen am 01.03.2014
- 130 Die historische Mission der AfD / Ratschlag von außen – ein Vortrag von Prof. Dr. Scholdt am 07.12.13 während des Impulstreffens der AfD-Thüringen (12.12.2013) <http://afd-thueringen.de/2013/12/die-historische-mission-der-afd-ratschlag-von-aussen-vortrag-von-prof-dr-scholdt/>
- 131 Wirtschaftspolitik aus Ilmenau, in: [insuedthueringen.de](http://www.insuedthueringen.de) (20.04.2013) [www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Wirtschaftspolitik-aus-Ilmenau;art83467,2510798](http://www.insuedthueringen.de/regional/thueringen/thuefwthuedeu/Wirtschaftspolitik-aus-Ilmenau;art83467,2510798) , abgerufen am 14.6.2014

- 132 Thüringer Landtag: Kleine Anfrage und Antwort des Thüringer Innenministeriums „Alternative für Deutschland“ und extreme Rechte?, Drs. 5/7244, 03.02.2014
- 133 MDR / Exakt: Neonazis organisieren Bürgerinitiative (16.10.2013) [www.mdr.de/exakt/protest\\_gegen\\_asylbewerber104.html](http://www.mdr.de/exakt/protest_gegen_asylbewerber104.html), abgerufen am 15.6.2014
- 134 NPD Thüringen: „Die AfD ist nicht politikfähig“ – Greizer Mitglied wechselt zur NPD (25.02.2014) <http://npd-thueringen.de/?p=3128>, abgerufen am 15.6.2014
- 135 Screenshots der Facebook-Seite
- 136 AfD Thüringen: 10 Thesen für den Freistaat Thüringen, 21.6.2014, <http://afd-thueringen.de/2014/06/10-thesen-fuer-den-freistaat-thueringen/>, abgerufen 23.6.2014
- 137 Mursula, Anni: „Es gibt keine EU-Identität“, Interview, in: Junge Freiheit v. 13.06.2014



